



Landesrechnungshof
Niederösterreich

Wahrnehmungen zum Landeshaushalt
(Budgetkennzahlen)

Bericht 11 | 2012

Wahrnehmungen zum Landeshaushalt (Budgetkennzahlen) Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung

1.	Vorbemerkungen	1
2.	Rechtliche Grundlagen	1
3.	NÖ Budgetprogramme	2
4.	Kassenabschluss	5
5.	Haushaltsrechnung	6
6.	Rechnungsquerschnitt	25
7.	Vermögensrechnung	33
8.	Eventualverbindlichkeiten	48
9.	Schlussbemerkungen	54

Wahrnehmungen zum Landeshaushalt (Budgetkennzahlen) Zusammenfassung

Die finanzielle Lage des Landes NÖ wird in der Öffentlichkeit sehr unterschiedlich dargestellt. Der Landesrechnungshof informiert daher über die Entwicklung des NÖ Landeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011.

Die NÖ Landesregierung sagte in ihrer Stellungnahme vom 12. Juni 2012 zu, die dabei ausgesprochenen Empfehlungen des Landesrechnungshofs umzusetzen. Sie hob hervor, dass die Umsetzung der Vorgaben des NÖ Budgetprogramms 2012 bis 2015 die Voraussetzung für eine nachhaltige Konsolidierung des Landesbudgets darstellt.

Wertmäßige Vollständigkeit des Rechnungsabschlusses 2011

Die Verrechnungskonten per 31. Dezember 2011 waren ausgeglichen und die Abstimmung zwischen Kassenbestand und Kontenständen der Bankkonten ergab keine Abweichungen. Das zeigte eine vollständige wertmäßige Erfassung der Gebarung im Rechnungsjahr 2011 und damit die daraus abzuleitende Vollständigkeit des vorläufigen Rechnungsabschlusses 2011.

Haushaltsergebnis

Die Ausgaben und Einnahmen der Rechnungsabschlüsse 2009, 2010 und 2011 wichen von den veranschlagten Beträgen ab. Die Abgänge 2009 und 2010 lagen auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise über den veranschlagten Werten. 2011 konnte das Ergebnis jedoch wesentlich verbessert werden.

Die im Rechnungsabschluss 2011 ausgewiesenen Ausgaben von rund 8,66 Milliarden Euro waren hauptsächlich durch nicht veranschlagte vorzeitige Tilgungen von Finanzschulden um rund 1,16 Milliarden Euro bzw. rund 15,4 Prozent höher als der veranschlagte Betrag von rund 7,50 Milliarden Euro. Sie lagen damit um rund 448 Millionen Euro (Brutto-Abgang) über den erzielten Einnahmen von rund 8,21 Milliarden Euro. Der Brutto-Abgang 2011 konnte durch einen sparsamen Budgetvollzug (zB Ausgabenbindungen) gegenüber dem Voranschlag um rund 129 Millionen Euro verbessert werden.

Der Rechnungsabschluss 2011 weist einen Netto-Überschuss von rund 579,4 Millionen Euro aus. Im Voranschlag war hingegen ein Netto-Abgang von rund 289,7 Millionen Euro vorgesehen. Diese Verbesserung wurde überwiegend durch die vermehrte Tilgung von Finanzschulden erreicht. Zur Schuldentilgung wurden zu rund 68 Prozent Erträge aus der Verwertung von Darlehen der Wohnbauförderung herangezogen. Der Rest wurde aus der Verwertung von Genussrechtsforderungen finanziert. Für die Rechnungsjahre 2009 bis

2011 ergab eine Gegenüberstellung der Zinserträge für gegebene Darlehen und der Aufwendungen für den Zinsendienst der Finanzschulden einen Überschuss von insgesamt rund 76 Millionen Euro. Aus den 2011 gesetzten Maßnahmen konnte auf Basis einer angenommenen Verzinsung der Finanzschulden von drei Prozent und der sich aus der Darlehensverwertung ergebenden Minderung der Zinseinnahmen eine Nettoentlastung der laufenden Gebarung von rund 17 Millionen Euro jährlich errechnet werden. Diese wird sich positiv auf das strukturelle Ergebnis auswirken.

Stabilitätsbeiträge

Den positiven Ergebnissen der laufenden Gebarung von 2009 bis 2011 standen negative Ergebnisse der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen gegenüber. Für die sich daraus ergebenden negativen Salden musste ein entsprechender Ausgleich in Form von positiven Ergebnissen im Rahmen der Finanztransaktionen geschaffen werden. In den Jahren 2009 und 2010 war auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise ein relativ hoher Ausgleich von rund 369 bzw. 397 Millionen Euro erforderlich. Im Jahr 2011 konnte dieser auf rund 99 Millionen Euro gesenkt werden.

Niederösterreich hat sich im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspakts vom März 2011 verpflichtet, bis 2014 bestimmte Beiträge zur Erreichung der gesamtstaatlichen Maastricht-Ergebnisse zu erbringen.

Im Jahr 2011 galt für Niederösterreich ein maximales Maastricht-Defizit in Höhe von 433 Millionen Euro, das sind rund 20 Prozent des für alle Bundesländer vorgesehenen Defizits. Das geplante Maastricht-Ergebnis nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG) unter Einbeziehung aller dem Land NÖ zuzurechnenden Einheiten wurde um rund 169 Millionen Euro gegenüber dem im Österreichischen Stabilitätspakt 2011 festgesetzten Wert verbessert. Dazu wurde aus dem Landeshaushalt (ohne Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit) ein positives Ergebnis von rund 78,6 Millionen Euro beigesteuert.

Auch die Verbesserung der Eigenfinanzierungsquote, der Quote der freien Finanzspitze, der Sparquote und der Pro-Kopf-Verschuldung (nach Maastricht-Schulden) spiegeln diese positive Entwicklung des Jahres 2011 wider.

Vermögensrechnung

Die Vermögensrechnungen 2010 und 2011 des Landes NÖ wiesen eine Eigenkapitalquote von über 20 Prozent aus. Allerdings bestehen bereits Verpflichtungen für die Zukunft insbesondere in Form von Finanzschulden und nicht fälligen Verwaltungsschulden. Eine Eigenkapitalquote von über 20 Prozent kann daher nur gehalten werden, wenn einerseits entsprechende Erträge

sicher gestellt werden und andererseits die Entwicklung der Aufwendungen unter Berücksichtigung der bereits eingegangenen Verpflichtungen daran angepasst wird.

Eventualverbindlichkeiten

Die im Jahr 2011 erstmals nach Risikoklassen bewerteten Haftungen von 2.869,36 Millionen Euro lagen um rund 592,5 Millionen Euro unter der vom NÖ Landtag beschlossenen Haftungsobergrenze. Im Jahr 2011 standen den Ausgaben für schlagend gewordene Haftungen von rund einer Million Euro Einnahmen aus Haftungsprovisionen von rund 54 Millionen Euro gegenüber.

Nachhaltigkeit

Für nachhaltig stabile Finanzen muss die Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen in Einklang gebracht und gehalten werden. Eine wesentliche Voraussetzung dafür stellt – nach Maßgabe aktueller Entwicklungen – die Umsetzung des NÖ Budgetprogramms dar, wobei vor allem über das strukturelle Ergebnis gesteuert werden sollte. Einmalige Maßnahmen wie im Rechnungsjahr 2011 können die Konsolidierung unterstützen, insbesondere wenn sie den Landeshaushalt auch nachhaltig zum Beispiel durch eine Verminderung der Zinszahlungen entlasten.

Stellungnahme der NÖ Landesregierung:

Die Auffassung des Landesrechnungshofs zur Nachhaltigkeit wird geteilt. Die Umsetzung der Vorgaben des NÖ Budgetprogramms 2012 - 2015 stellt die Voraussetzung für eine nachhaltige Konsolidierung des Landesbudgets dar. Die Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen im Jahr 2011 bzw. die Verwendung der Einnahmen als Maßnahme zur Schuldenreduzierung waren im NÖ Budgetprogramm 2012 - 2015 bereits vorgesehen. Dadurch wird die künftige Belastung für Zinszahlungen spürbar reduziert und es wird damit zur Konsolidierung beigetragen.

Äußerung des Landesrechnungshofs Niederösterreich:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Weiterentwicklung der Rechnungslegung

Außerdem erwartet der Landesrechnungshof, dass die Rechnungslegung zweckmäßig weiter entwickelt wird und wesentliche Abweichungen zum Voranschlag oder grundlegende Änderungen bei der Vermögensrechnung im Rechnungsabschluss besser erläutert werden.

Stellungnahme der NÖ Landesregierung:

Gegen eine Weiterentwicklung der Rechnungslegung bzw. Verbesserung der VRV besteht kein Einwand. Gemäß den Richtlinien zum Rechnungsabschluss sind die Abweichungen vom Voranschlag von den kreditverwaltenden Dienststellen zu erläutern. Um diese Erläuterungen hinsichtlich ihrer Aussagekraft in Hinkunft zu verbessern, werden die Richtlinien zum Rechnungsabschluss ab 2012 modifiziert. Grundlegende Abweichungen in der Vermögensrechnung werden in den kommenden Rechnungsabschlüssen separat erläutert werden.

Äußerung des Landesrechnungshofs Niederösterreich:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

1. Vorbemerkungen

Die finanzielle Lage des Landes NÖ wird in der Öffentlichkeit sehr unterschiedlich dargestellt, wobei Finanzen (Einnahmen und Ausgaben), Vermögen und Haftungen (ungewisse Verbindlichkeiten) einbezogen werden.

Der Landesrechnungshof analysierte die Rechnungsabschlüsse der Jahre 2009 und 2010 sowie den vorläufigen Rechnungsabschluss 2011 des Landes NÖ und ermittelte daraus Kennzahlen zum Landeshaushalt (Budgetkennzahlen). Dazu hat er weiters die Voranschläge 2009 bis 2011 und die NÖ Budgetprogramme 2009 bis 2013, 2010 bis 2013 und 2012 bis 2015 sowie die dazu verfügbaren Studien herangezogen.

Außerdem überprüfte der Landesrechnungshof den Kassenabschluss und die Geldbestände des Landes NÖ per 31. Dezember 2011.

Ziel war, den NÖ Landtag anlässlich seiner Beratungen zum Rechnungsabschluss 2011 über die Entwicklung des NÖ Landeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011 und damit über die Haushaltslage des Landes NÖ zu informieren.

Die Wahrnehmungen zum Landeshaushalt und die Analysen der Rechenwerke bilden außerdem die Grundlage für nachfolgende Gebarungüberprüfungen des Landesrechnungshofs. Diese werden sich neben der Richtigkeit vermehrt auch auf die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit beziehen.

Um die Übersichtlichkeit zu erhöhen und die Lesbarkeit zu vereinfachen, werden personenbezogene Bezeichnungen im Bericht grundsätzlich nur in einer Geschlechtsform verwendet und umfassen Männer und Frauen.

2. Rechtliche Grundlagen

Die wesentlichen rechtlichen Grundlagen für die Darstellung und Abwicklung des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses des Landes NÖ finden sich in

- der NÖ Landesverfassung 1979, LGBl 0001,
- der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung – VRV des Bundesministers für Finanzen, BGBl 1996/787,
- der vorläufigen Verrechnungs- und Zahlungsordnung des Landes NÖ (VVZO), 01-02/00-0000, und
- diversen Normerlässen sowie Verrechnungsrichtlinien.

Auf Grund der Verordnung über die Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung war im geprüften Zeitraum Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka für Finanzangelegenheiten einschließlich der Verwaltung des Landesvermögens zuständig.

Gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung nimmt die Aufgaben im Zusammenhang mit Finanzangelegenheiten einschließlich der Verwaltung des Landesvermögens die Abteilung Finanzen F1 wahr.

3. NÖ Budgetprogramme

Seit dem Jahr 1995 wurden dem NÖ Landtag regelmäßig Budgetprogramme vorgelegt, die jeweils die geplante Entwicklung des Landeshaushalts für die nächsten drei bis fünf Jahre aufzeigten.

Die Basis für die NÖ Budgetprogramme bildeten im Wesentlichen die Vorgaben der Europäischen Union, des Österreichischen Stabilitätspakts, des Finanzausgleichs sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die Bevölkerungsentwicklung Österreichs auf Grundlage von kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsprognosen diverser Institute.

NÖ Budgetprogramm 2009 bis 2013

Das NÖ Budgetprogramm 2009 bis 2013 wurde im Juni 2008 unter Berücksichtigung folgender Wirtschaftsprognosen erstellt:

- 1,7 Prozent Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2009 sowie durchschnittlich 2,5 Prozent in den Folgejahren
- 3,9 Prozent Zuwachsrates des nominellen Bruttoinlandsprodukts 2009 und durchschnittlich 4,3 Prozent in den Folgejahren
- 1,1 Prozent durchschnittliches Beschäftigungswachstum pro Jahr

Weitere wesentliche Grundlagen bildeten der Finanzausgleich 2008 und die Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspakts 2008, in dem sich die Länder verpflichteten, einen Stabilitätsbeitrag in Form eines Haushaltsüberschusses zu erbringen – im Jahr 2009 in Höhe von 0,49 Prozent und alle weiteren Jahre in Höhe von 0,52 Prozent des BIP.

Die wesentlichsten **Zielsetzungen** für die Programmperiode 2009 bis 2013 bestanden darin, die im Österreichischen Stabilitätspakt 2008 für Niederösterreich festgelegten Haushaltsüberschüsse nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 95) zu erbringen, die administ-

rativen Abgänge im Durchschnitt um 6,4 Prozent pro Jahr zu senken und den Schuldenstand zu stabilisieren.

Arbeitslosenquote:
*Arbeitslose in Prozent vom
Arbeitskräftepotential
(=Arbeitslose + unselb-
ständig Beschäftigte)*

Auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise hatten sich die prognostizierten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen jedoch grundlegend verändert. So sank im Jahr 2009 das reale BIP um 3,8 Prozent, die Steuereinnahmen brachen ein und die Arbeitslosenquote stieg auf 7,2 Prozent. Als Gegensteuerungsmaßnahmen wurden vom Land NÖ in den Jahren 2008 und 2009 vier Konjunkturpakete mit einem Volumen von insgesamt 880 Millionen Euro beschlossen.

Auf Grund der Maßnahmen des Landes NÖ, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise abzuschwächen, konnten die in diesem Budgetprogramm vereinbarten Ziele nicht eingehalten werden. Ebenso wurde auch der Österreichische Stabilitätspakt für die Jahre 2009 und 2010 ausgesetzt. Daher wurde im Juni 2010 ein neues NÖ Budgetprogramm erstellt.

NÖ Budgetprogramm 2010 bis 2013

Basis für das NÖ Budgetprogramm 2010 bis 2013 war eine mittelfristige Budgetvorschau, die eine Entwicklung des Landeshaushalts bis 2013 unter der Voraussetzung darstellte, dass keine steuernden Eingriffe vorgenommen werden. Demnach hätte sich die budgetäre Situation deutlich verschlechtert, da die Ausgaben mit 2,8 Prozent im Jahresdurchschnitt rascher angestiegen wären als die Einnahmen mit nur 2,2 Prozent.

Ziel dieses Budgetprogramms war, durch entsprechende Maßnahmen wie eine 30 prozentige Ausgabenbindung bestimmter Ermessensausgaben, ein verstärktes Budgetcontrolling, die Festlegung von Ausgaberahmen pro Ressort, Prioritätenreihungen bei Investitionen im Baubereich etc. eine Senkung des administrativen Abgangs und eine Eindämmung des Anstiegs der Finanzschulden zu erreichen.

Die folgende Aufstellung zeigt die geplante Entwicklung der Abgänge laut dem NÖ Budgetprogramm 2010 bis 2013, die Netto-Ergebnisse laut den Rechnungsabschlüssen 2010 und 2011 sowie dem Voranschlag 2012:

4 Wahrnehmungen zum Landeshaushalt (Budgetkennzahlen)

Abgangsentwicklung laut NÖ Budgetprogramm 2010 bis 2013 in Millionen Euro				
	2010	2011	2012	2013
	lt. VA		lt. Budgetprogramm	
Ausgaben	- 7.329,0	- 7.500,3	- 7.507,0	- 7.805,3
Einnahmen	6.783,0	6.923,7	7.099,6	7.248,2
Brutto-Abgang	- 546,0	- 576,6	- 407,4	- 557,1
davon Tilgungen	51,5	286,9	157,4	357,1
Netto Abgang	- 494,5	- 289,7	- 250,0	- 200,0
	lt. RA		lt. VA	
Netto-Ergebnis	- 559,0	+ 579,4	+ 150,0	

Im so genannten **Six-Pack** werden im Rahmen eines Gesetzespakets die Regeln für Neuverschuldung und Schuldenabbau verschärft. Im so genannten **Two-Pack** wird in einem zweiten Schritt die Kontrolle und Koordinierung verbessert. Six-Pack und Two-Pack enthalten somit einen Großteil des zwischenstaatlichen Fiskalpakts der EU-Staaten.

Die Vorgaben betreffend die wirtschaftspolitische Steuerung sowohl auf europäischer Ebene mit dem Europäischen Fiskalpakt, dem „Six-Pack“ und dem „Two-Pack“ als auch auf nationaler Ebene mit dem Österreichischem Stabilitätspakt 2011 und der Schuldenbremse veränderten sich wesentlich. Daher wurde im Jänner 2012 das NÖ Budgetprogramm 2010 bis 2013 durch das NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015 ersetzt.

NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015

Die wesentliche Basis für das NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015 bildeten der Österreichische Stabilitätspakt 2011 und eine Studie des Instituts für höhere Studien (IHS) zur mittelfristigen Entwicklung des Landeshaushalts.

Der Österreichische Stabilitätspakt 2011 trat rückwirkend mit 1. Jänner 2011 in Kraft und sah im Wesentlichen folgende neue Regelungen vor:

- Neudefinition der Stabilitätsbeiträge von Bund, Ländern und Gemeinden
- Verschärfung der Sanktionsfolgen bei Zielverfehlungen
- Keine durchschnittliche Betrachtung der Zielerreichung, sondern Fokussierung auf das jeweilige Haushaltsjahr
- Verbesserung der inhaltlichen Haushaltskoordinierung und mittelfristigen Ausrichtung der Haushaltsführung (Dabei sind das vergangene Jahr, das laufende Jahr und die drei folgenden Jahre einzubeziehen.)

- Autonome Schaffung verbindlicher Haftungsobergrenzen für Bund und Länder
- Transparenz über die Haushaltsführung durch Publikation wesentlicher Informationen zur Haushaltskoordination
- „Rendez-vous-Klausel“ bei Änderung von EU-rechtlichen Vorgaben

Das NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015 wurde am 26. Jänner 2012 im NÖ Landtag mit folgenden **Zielsetzungen** beschlossen:

- Senkung der administrativen Abgänge um jährlich rund 50 Millionen Euro
- Jährliche Reduzierung des Schuldenstands um rund 150 Millionen Euro
- Einhaltung der Verpflichtungen des Österreichischen Stabilitätspakts 2011

Der Landesrechnungshof hält die vorgesehene rollierende Anpassung der Budgetprogramme für eine wichtige Voraussetzung zur Erreichung der Stabilitätsziele.

Stellungnahme der NÖ Landesregierung:

Die EU-Bestimmungen hinsichtlich der Haushaltsführung sowie der Österreichische Stabilitätspakt enthalten ebenfalls die Vorgabe einer rollierenden Anpassung der mittelfristigen Orientierung der Haushalte. Das NÖ Budgetprogramm 2012 – 2015 erfasst einen Zeitraum bis 2015, und entspricht damit diesen Vorgaben, daher sind heuer keine Anpassungen erforderlich. Im Jahr 2013 wird ein NÖ Budgetprogramm vorgelegt werden, das den Zeitraum 2013 - 2016 umfassen wird. Auch in allen folgenden Jahren, soll das NÖ Budgetprogramm um ein Jahr verlängert und den jeweils aktuellen Verhältnissen angepasst werden.

Äußerung des Landesrechnungshofs Niederösterreich:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

4. Kassenabschluss

Der Landesrechnungshof überprüfte den Kassenabschluss und die Geldbestände des Landes NÖ per 31. Dezember 2011. Dabei wurde insbesondere festgestellt, inwieweit alle relevanten Verrechnungskonten (Einnahmen und Ausgaben) ausgeglichen waren und ob die im Nachweis „Geldbestand“ ausgewiesenen Kontostände mit dem Ergebnis des Kassenabschlusses korrespon-

dierten. Weiters wurden die Kontostände stichprobenartig mit den dazugehörigen Bankauszügen verglichen.

Da alle relevanten Verrechnungskonten ausgeglichen waren und sich bei der Abstimmung zwischen Kassenbestand und Kontenstände keine Abweichungen ergaben, kann von einer vollständigen wertmäßigen Erfassung der Gebarung und der daraus abzuleitenden Vollständigkeit des Rechnungsabschlusses ausgegangen werden.

5. Haushaltsrechnung

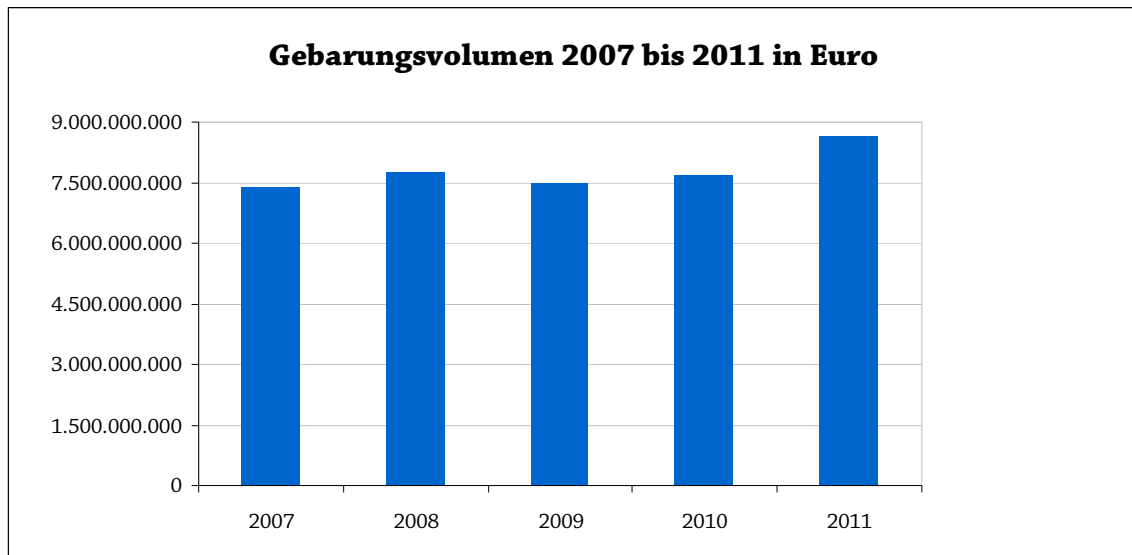
Die Haushaltsrechnung umfasst die gesamten innerhalb eines Rechnungsjahres angefallenen voranschlagswirksamen Einnahmen und Ausgaben des Landes NÖ und wird nach der Gliederung des Voranschlags erstellt.

5.1 Gebarungsvolumen

Das Gebarungsvolumen des Landes NÖ hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Gebarungsvolumen 2007 bis 2011				
2007	2008	2009	2010	2011
7.372.259.681	7.747.538.627	7.472.533.397	7.678.745.725	8.655.958.497

Grafisch stellt sich diese Entwicklung wie folgt dar:



In den Rechnungsjahren 2007 bis 2010 unterlag das Gebarungsvolumen leichten Schwankungen. Diese begründeten sich im Wesentlichen durch die Höhe der Darlehenstilgungen. Im Rechnungsjahr 2008 wurde im Vergleich zu den übrigen drei Jahren eine höhere Schuldentilgung durchgeführt.

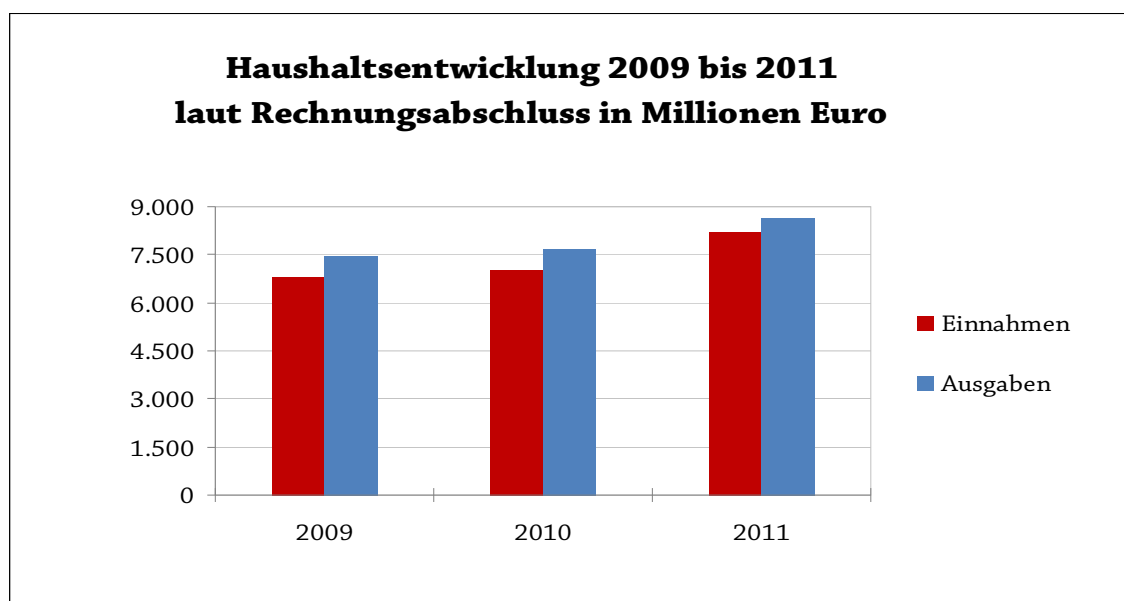
Der starke Anstieg des Gebarungsvolumens im Rechnungsjahr 2011 ergab sich im Wesentlichen aus der Verwertung von Forderungen und der damit finanzierten vermehrten Tilgung von Finanzschulden.

5.2 Entwicklung Haushaltsergebnis

Ein Vergleich zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss über die letzten drei Rechnungsjahre zeigte folgendes Bild:

Vergleich Rechnungsabschluss/Voranschlag 2009 bis 2011 in Millionen Euro						
	2009		2010		2011	
	RA	VA	RA	VA	RA	VA
Einnahmen	6.801,0	6.750,9	7.040,7	6.783,0	8.208,1	6.923,7
Ausgaben	- 7.472,5	- 7.029,9	- 7.678,7	- 7.329,0	- 8.656,0	- 7.500,3
Brutto-Abgang	- 671,5	- 279,0	- 638,0	- 546,0	- 447,9	- 576,6
davon Schuldentilgung	71,8	49,2	79,0	51,5	1.027,3	286,9
Netto-Abgang/Überschuss	- 599,7	- 229,8	- 559,0	- 494,5	+ 579,4	- 289,7

Grafisch stellt sich die Haushaltsentwicklung wie folgt dar:

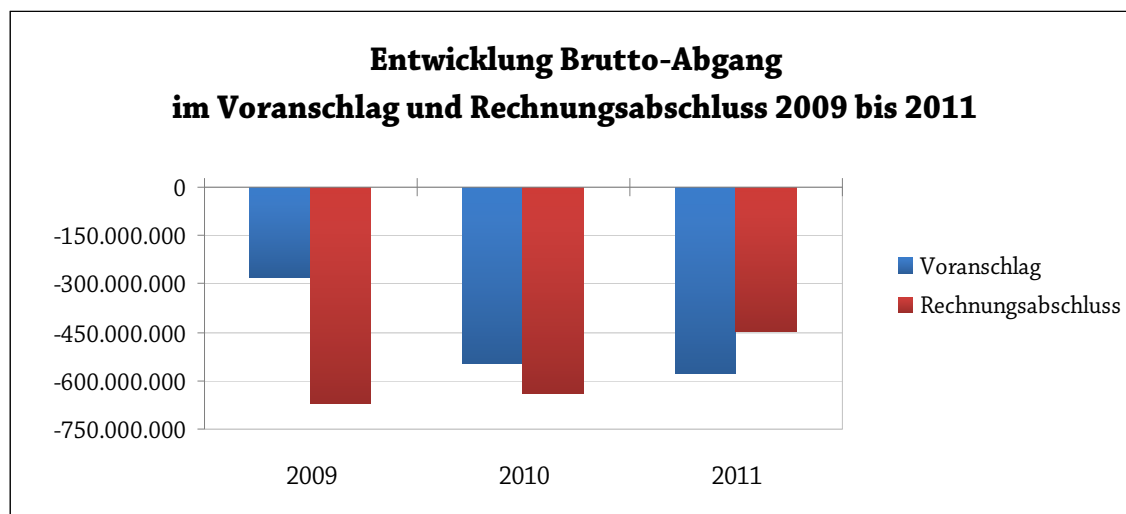


Der Rechnungsabschluss wich in jedem Rechnungsjahr sowohl ausgaben- als auch einnahmenseitig vom Voranschlag ab. Die stärksten Abweichungen wurden im Rechnungsjahr 2011 mit Mehreinnahmen von 18,6 Prozent und Mehrausgaben von 15,4 Prozent erzielt. Im Wesentlichen ließen sich diese auf die bereits angesprochene, im Voranschlag jedoch nicht geplante Verwertung von Forderungen und der daraus finanzierten vermehrten Tilgung von Finanzschulden zurückführen.

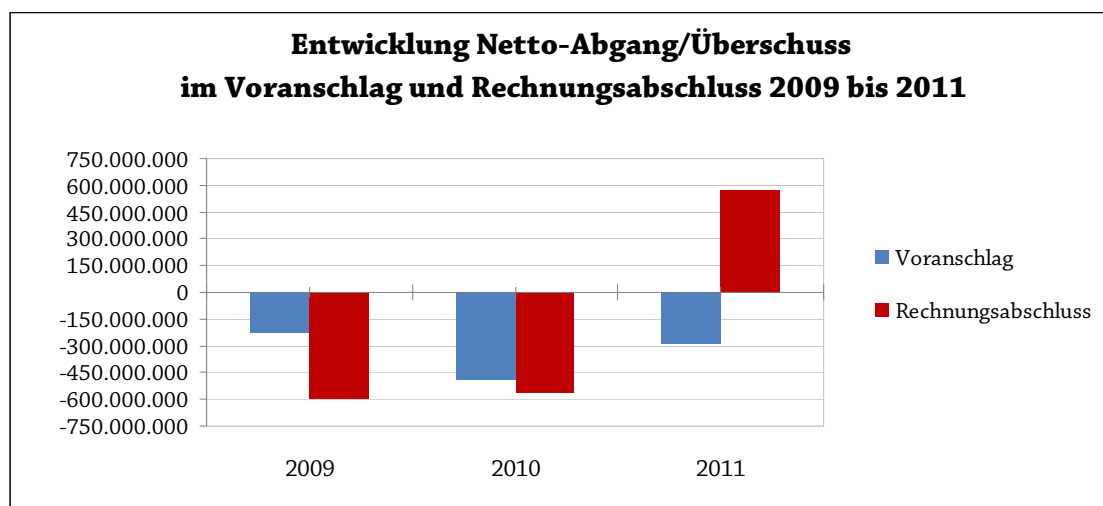
Durch diese Maßnahmen konnte im Rechnungsjahr 2011 statt eines Netto-Abgangs ein deutlicher Netto-Überschuss ausgewiesen werden.

Ergebnisentwicklung 2009 bis 2011						
	2009		2010		2011	
	RA	VA	RA	VA	RA	VA
Brutto-Abgang	-671.526.040	-278.971.600	-638.024.064	-546.021.700	-447.892.060	-576.621.000
Netto-Abgang/Überschuss	-599.710.482	-229.738.200	-558.998.834	-494.470.200	+579.452.733	-289.699.900

Die Entwicklung des Brutto-Ergebnisses bildet sich grafisch wie folgt ab:



Die Entwicklung des Netto- Ergebnisses bildet sich grafisch wie folgt ab:



In den Rechnungsjahren 2009 und 2010 lagen der Brutto- und der Netto-Abgang um bis zu 160 Prozent über den veranschlagten Werten. Im Rechnungsjahr 2011 konnte der Brutto-Abgang gegenüber der Veranschlagung niedriger gehalten und ein Netto-Überschuss erzielt werden.

Der gegenüber dem Voranschlag niedrigere Brutto-Abgang 2011 von rund 129 Millionen Euro entstand im Wesentlichen durch eine Verbesserung des laufenden Ergebnisses. Der Netto-Überschuss war hauptsächlich auf die um rund 740 Millionen Euro höhere Schuldentilgung als veranschlagt zurückzuführen.

Erläuterungen

Die Abweichungen der Ausgaben und Einnahmen vom Voranschlag mussten auf Grund der Vorgaben der VRV und der Richtlinien zum Rechnungsabschluss von den jeweiligen kreditverwaltenden Abteilungen begründet werden. Diese wurden in den Erläuterungen zum Rechnungsabschluss zusammengefasst. Dabei fehlte oftmals eine sachliche Begründung.

Die wesentlichen Abweichungen der Ergebnisse gegenüber dem Voranschlag sind in den Erläuterungen zum Rechnungsabschluss auch sachlich zu begründen.

Stellungnahme der NÖ Landesregierung:

Die Forderung des Landesrechnungshofs, die Abweichungen sachlich besser zu begründen, wird in den Richtlinien zum Rechnungsabschluss für das Jahr 2012 berücksichtigt werden.

Äußerung des Landesrechnungshofs Niederösterreich:

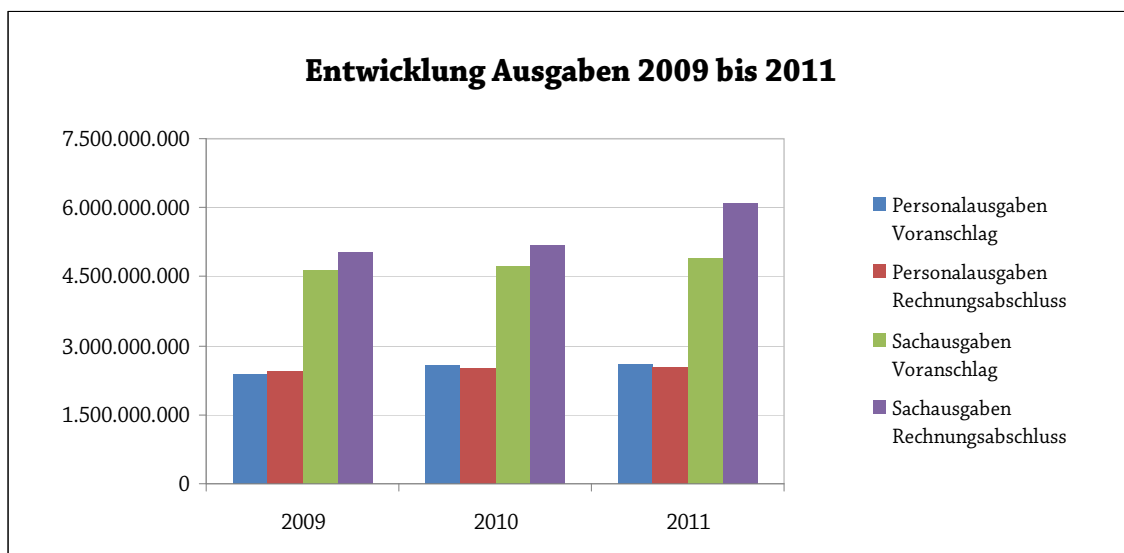
Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

5.3 Entwicklung Ausgaben

Die Ausgaben des Landes NÖ zeigten in den Rechnungsjahren 2009 bis 2011 folgende Entwicklung:

Vergleich Rechnungsabschluss/Voranschlag 2009 bis 2011						
	2009		2010		2011	
	RA	VA	RA	VA	RA	VA
Personalausgaben	2.454.329.106	2.382.164.400	2.503.694.622	2.579.574.000	2.542.088.129	2.603.450.700
Sachausgaben	5.018.204.291	4.647.741.800	5.175.051.103	4.749.481.800	6.113.870.368	4.896.847.500
Gesamtausgaben	7.472.533.397	7.029.906.200	7.678.745.725	7.329.055.800	8.655.958.497	7.500.298.200

Die Entwicklung der Ausgaben bildet sich grafisch wie folgt ab:



Ein Vergleich der veranschlagten Gesamtausgaben mit dem Rechnungsabschluss zeigte in allen drei Rechnungsjahren Mehrausgaben (+ 6,3 Prozent im Jahr 2009, + 4,8 Prozent im Jahr 2010 und + 15,4 Prozent im Jahr 2011). Während sich bei den Personalausgaben im geprüften Zeitraum nur geringfügige Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss ergaben, kam es bei den Sachausgaben im Rechnungsjahr 2011 zu einem sprunghaften Anstieg, der sich hauptsächlich durch die nicht veranschlagte höhere Schulden tilgung erklären ließ.

In den Rechnungsjahren 2009 und 2010 betrug das Verhältnis Personalausgaben zu Sachausgaben rund ein Drittel zu zwei Drittel. Im Rechnungsjahr 2011 stiegen die Sachausgaben deutlich an. Das Verhältnis lag dadurch bei rund 30 Prozent Personalausgaben und rund 70 Prozent Sachausgaben.

5.3.1 Personalausgaben

Vergleich Voranschlag/Rechnungsabschluss

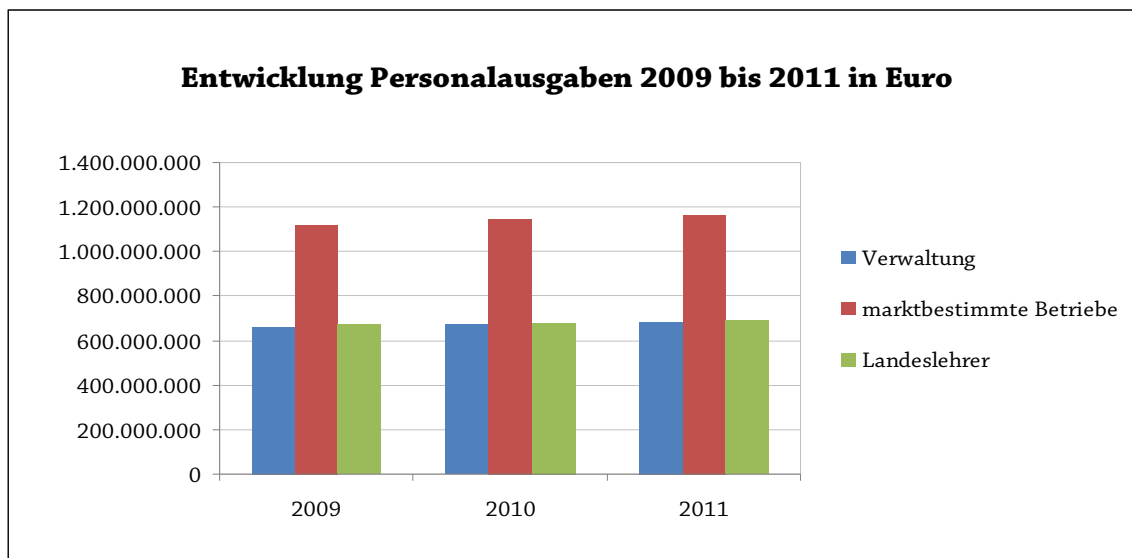
Die Mehrausgaben 2009 gegenüber dem Voranschlag waren im Wesentlichen auf höhere Ausgaben im Bereich der NÖ Landeskliniken, der Kindergärten sowie des Amtes der NÖ Landesregierung zurückzuführen. In den Rechnungsjahren 2010 und 2011 wurden die Voranschlagsbeträge unterschritten. Diese Minderausgaben wurden hauptsächlich beim Personaleinsatz in den NÖ Landeskliniken, den NÖ Landespflegeheimen, den NÖ Landesjugendheimen, dem NÖ Straßendienst sowie bei den Landeslehrern erzielt.

Entwicklung Rechnungsabschluss

Die nachfolgende Tabelle stellt die Personalausgaben der Rechnungsabschlüsse 2009 bis 2011 untergliedert in die Bereiche Verwaltung, marktbestimmte Betriebe und Landeslehrer dar:

Entwicklung Personalausgaben 2009 bis 2011						
	2009		2010		2011	
Verwaltung	663.103.025	27,0%	676.080.581	27,0%	685.298.925	27,0%
marktbestimmte Betriebe	1.117.198.095	45,5%	1.145.230.865	45,7%	1.167.511.365	45,9%
Landeslehrer	674.027.986	27,5%	682.383.176	27,3%	689.277.839	27,1%
Summe Personalausgaben	2.454.329.106	100,0%	2.503.694.622	100,0%	2.542.088.129	100,0%

Die Entwicklung der Personalausgaben bildet sich grafisch wie folgt ab:



Insgesamt stiegen die Personalausgaben des Landes NÖ im Zeitraum 2009 bis 2011 um rund 87,7 Millionen Euro bzw. 3,6 Prozent (Verwaltung + 3,4 Prozent, marktbestimmte Betriebe + 4,5 Prozent, Landeslehrer + 2,3 Prozent). Die Steigerungen waren im Wesentlichen auf Gehaltserhöhungen (2010 durchschnittlich rund 1 Prozent, 2011 durchschnittlich rund 1,1 Prozent), Strukturkosten auf Grund besoldungsrechtlicher Vorgaben sowie auf eine Personalaufstockung (ohne Landeslehrer) um 504,5 systemisierte Dienstpos-

ten (überwiegenden bei Kindergärten, NÖ Landeskliniken und NÖ Landespflegeheimen) zurückzuführen. In Anbetracht dieser Parameter entwickelten sich die Personalausgaben angemessen.

Die prozentuellen Anteile der einzelnen Bereiche an den gesamten Personalausgaben blieben in den drei Jahren nahezu konstant. Mehr als 45 Prozent der jährlichen Personalausgaben entfielen auf die marktbestimmten Betriebe. In diesem Bereich erfolgte die Verrechnung der Personalausgaben der Bediensteten in den NÖ Landeskliniken sowie in den NÖ Landespflegeheimen.

5.3.2 Sachausgaben

Vergleich Voranschlag/Rechnungsabschluss

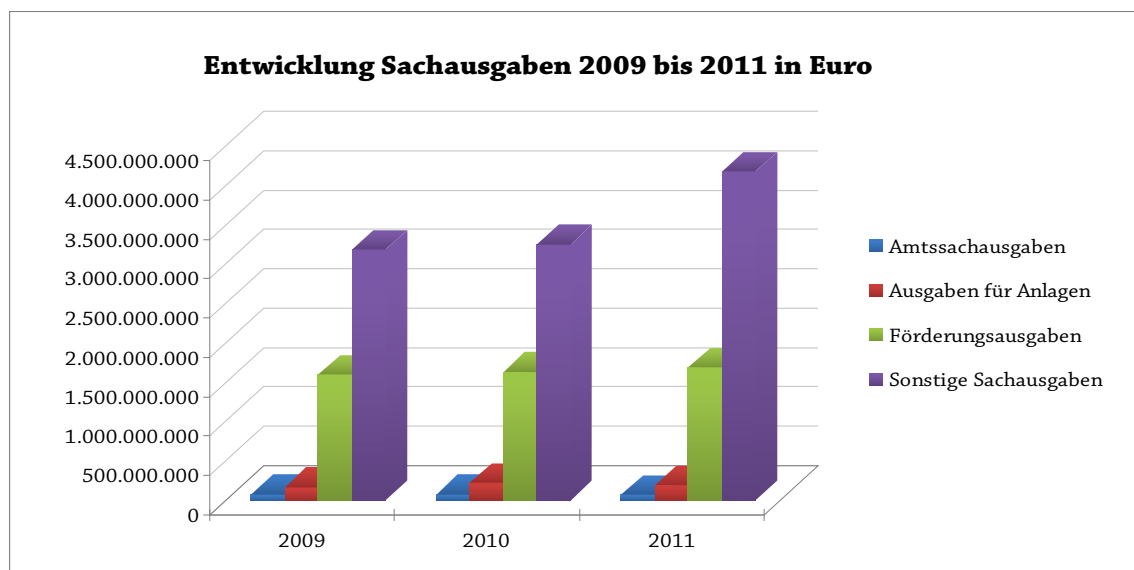
Die Sachausgaben laut Rechnungsabschluss lagen in allen drei Rechnungsjahren über den veranschlagten Werten (+ 8,0 Prozent im Jahr 2009, + 9,0 Prozent im Jahr 2010 und + 24,9 Prozent im Jahr 2011). Die Mehrausgaben in den Rechnungsjahren 2009 und 2010 entfielen vor allem auf die Bereiche Wohnbauförderung, Sozialhilfeangelegenheiten, NÖ Landeskliniken, Nahverkehr und Beteiligungen. Im Rechnungsjahr 2011 waren die Überschreitungen im Wesentlichen auf die höhere nicht veranschlagte Tilgung von Finanzschulden zurückzuführen.

Entwicklung Rechnungsabschluss

Im Detail entwickelten sich die Sachausgaben des Landes NÖ laut den Rechnungsabschlüssen 2009 bis 2011 folgendermaßen:

Entwicklung Sachausgaben 2009 bis 2011						
	2009		2010		2011	
Amtssachausgaben	76.205.473	1,5%	76.309.158	1,5%	72.310.447	1,2%
Ausgaben für Anlagen	167.708.387	3,4%	219.477.640	4,2%	188.099.755	3,1%
Förderungsausgaben	1.596.552.351	31,8%	1.631.683.124	31,5%	1.682.509.489	27,5%
Sonstige Sachausgaben	3.177.738.080	63,3%	3.247.581.181	62,8%	4.170.950.677	68,2%
Summe Sachausgaben	5.018.204.291	100,0%	5.175.051.103	100,0%	6.113.870.368	100,0%

Die Entwicklung der Sachausgaben bildet sich grafisch wie folgt ab:



Die Sachausgaben des Landes NÖ stiegen im geprüften Zeitraum 2009 bis 2011 um rund 1.095,7 Millionen Euro bzw. 21,8 Prozent. Mehr als 90 Prozent der Sachausgaben entfielen auf die sonstigen Sachausgaben und die Förderungsausgaben. Die sonstigen Sachausgaben wuchsen im Rechnungsjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um rund 923,4 Millionen Euro oder 28,4 Prozent, was vor allem auf die vermehrte Tilgung von Finanzschulden und höhere Investitions- und Tilgungszuschüsse an marktbestimmte Betriebe zurückzuführen war.

Die Förderungsausgaben stiegen in den Jahren 2009 bis 2011 kontinuierlich um insgesamt rund 86 Millionen Euro oder 5,4 Prozent an.

Die Ausgaben für Anlagen schwankten zwischen einem Anteil von 3,1 Prozent und 4,2 Prozent.

Die Amtssachausgaben waren in den Rechnungsjahren 2009 und 2010 konstant, wiesen jedoch im Rechnungsjahr 2011 einen Rückgang von rund 4,0 Millionen Euro auf.

5.3.3 Pflicht- und Ermessensausgaben

Pflichtausgaben sind im Gegensatz zu Ermessensausgaben dadurch gekennzeichnet, dass das Land NÖ zu deren Leistung auf Grund von Gesetzen oder Verordnungen dem Grunde und der Höhe nach verpflichtet ist. Unter die Pflichtausgaben fallen zum Beispiel gewisse Förderungsausgaben (wie Wohn-

16 Wahrnehmungen zum Landeshaushalt (Budgetkennzahlen)

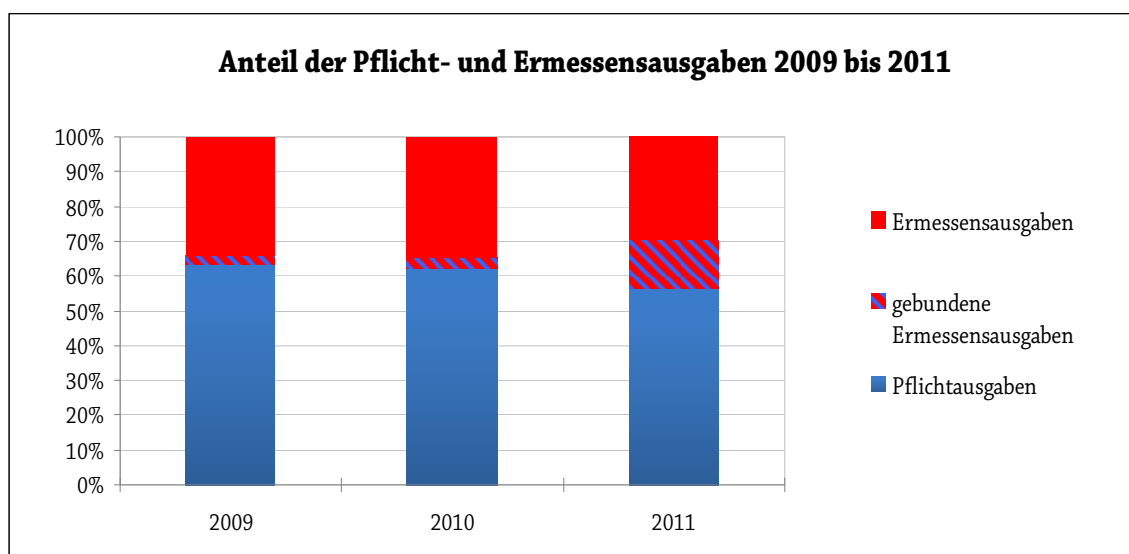
bauförderung) sowie die Personalausgaben. Je größer der Anteil der Pflichtausgaben, desto geringer wird die Flexibilität im Budgetvollzug.

Im Zeitraum 2009 bis 2011 entwickelten sich die Pflicht- und Ermessensausgaben folgendermaßen:

Entwicklung Pflicht- und Ermessensausgaben 2009 bis 2011						
	2009		2010		2011	
Pflichtausgaben	4.694.705.792	62,8%	4.779.238.580	62,2%	4.873.410.211	56,3%
Ermessensausgaben	2.777.827.605	37,2%	2.899.507.145	37,8%	3.782.548.286	43,7%
davon						
- gebunden für						
Verpflichtungen*)	182.816.747	6,6%	180.908.707	6,3%	196.518.965	5,2%
Schuldentilgung	71.815.558	2,6%	79.025.230	2,7%	1.027.344.793	27,2%
- „freier Rest“	2.523.195.300	90,8%	2.639.573.208	91,0%	2.558.684.528	67,6%
Summe	7.472.533.397		7.678.745.725		8.655.958.497	

*) Die angeführten **Verpflichtungen** beinhalten die für dieses Jahr fälligen Tilgungen, Kautionen und Zinsen der Sonderfinanzierungen.

Grafisch stellt sich diese Entwicklung wie folgt dar:



Die Grafik zeigt deutlich, dass jedes Jahr bereits ein Teil der Ermessensausgaben auf Grund von Verpflichtungen aus Sonderfinanzierungen (Tilgungen, Kautionen und Zinsen) sowie für Schuldentilgung gebunden war. Der tatsäch-

lich freie Anteil der Ermessensausgaben an den Gesamtausgaben lag in den Rechnungsjahren 2009 und 2010 bei rund 34 Prozent und im Rechnungsjahr 2011 bei rund 30 Prozent.

Das Verhältnis der Pflichtausgaben zu den Ermessensausgaben blieb in den Jahren 2009 und 2010 nahezu unverändert. Im Rechnungsjahr 2011 stiegen durch die vermehrte Tilgung von Finanzschulden die Ermessensausgaben sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ sprunghaft an. Daraus ergibt sich jedoch kein größerer anteilmäßiger finanzieller Spielraum, da durch diese Vorgangsweise die Verminderung der Pflichtausgaben durch einen Anstieg von gebundenen Ermessensausgaben mehr als kompensiert wurde.

5.3.4 Ausgabenentwicklung nach Gruppen

Die Entwicklung der Ausgaben in den Jahren 2009 bis 2011 gegliedert nach Gruppen stellte sich wie folgt dar:

Entwicklung der Ausgaben nach Gruppen 2009 bis 2011					
Gruppe/Bezeichnung		2009	2010	2011	Veränd. % seit 2009
		in Millionen Euro			
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	667,8	676,4	680,9	+ 1,9
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	28,1	27,9	30,6	+ 8,9
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	1.247,8	1.289,1	1.307,5	+ 4,8
3	Kunst, Kultur und Kultus	115,8	121,6	121,0	+ 4,5
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	1.459,2	1.556,4	1.461,3	+ 0,1
5	Gesundheit	433,3	450,9	463,8	+ 7,0
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	472,8	486,9	500,7	+ 5,9
7	Wirtschaftsförderung	196,7	194,3	181,7	- 7,6
8	Dienstleistungen	2.358,0	2.395,9	2.444,1	+ 3,7
9	Finanzwirtschaft	493,0	479,3	1.464,4	+ 197,0
Summe		7.472,5	7.678,7	8.656,0	+ 15,8

Den größten Zuwachs bei den Ausgaben verzeichnete im Vergleich zum Jahr 2009 die Gruppe 9 (Finanzwirtschaft) mit + 197,0 Prozent, was vor allem auf

die bereits mehrfach angesprochene vermehrte Schulden tilgung 2011 zurückzuführen war.

Die Steigerungen der meisten übrigen Gruppen lagen zwischen + 1,9 Prozent (Gruppe 0) und + 8,9 Prozent (Gruppe 1) und waren auf Grund der stichprobenartigen Überprüfung des Landesrechnungshofs nachvollziehbar.

Die Ausgaben in der Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung) unterlagen den größten Schwankungen. Im Rechnungsjahr 2010 wurden als konjunkturbelebende Maßnahme die Ausgaben im Rahmen der Wohnbauförderung (zB zusätzliche Mittel für die Vergabe von Darlehen, klimarelevante Zuschüsse, Sicheres Wohnen) um rund 6,7 Prozent angehoben. Im Rechnungsjahr 2011 gingen sie wieder auf das Niveau des Jahres 2009 zurück.

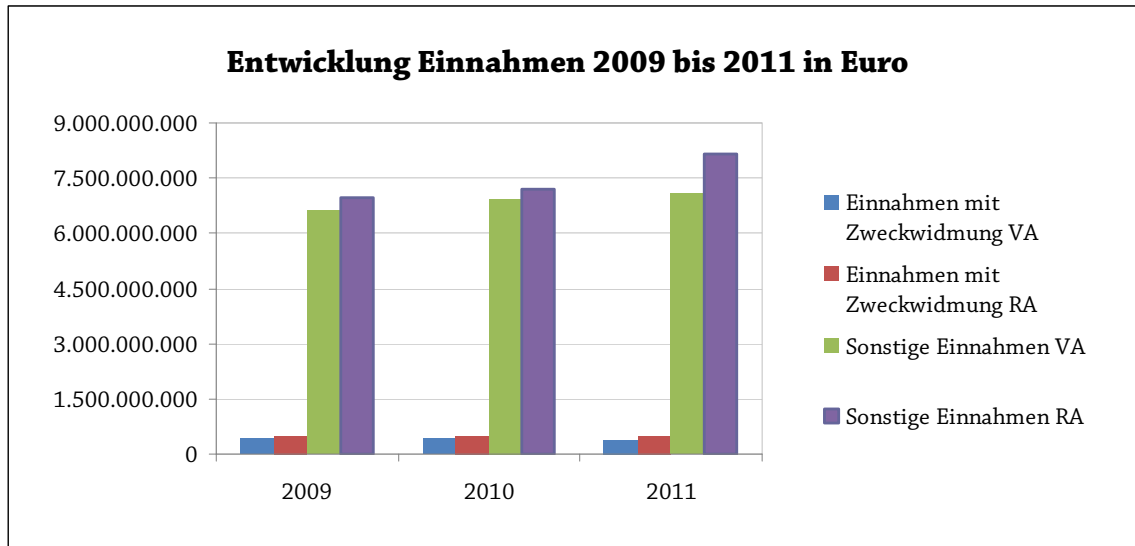
Den einzigen Ausgabenrückgang im Vergleich zum Rechnungsjahr 2009 gab es in der Gruppe 7 (Wirtschaftsförderung) mit 15,0 Millionen Euro bzw. 7,6 Prozent, was mit geringeren Förderausgaben in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Wirtschaft- und Tourismus zu begründen war.

5.4 Entwicklung Einnahmen

Die Einnahmen des Landes NÖ entwickelten sich, untergliedert nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten gemäß VRV, in den Rechnungsjahren 2009 bis 2011 wie folgt:

Vergleich Rechnungsabschluss/Voranschlag 2009 bis 2011						
	2009		2010		2011	
	RA	VA	RA	VA	RA	VA
Einnahmen mit Zweckwidmung	489.529.393	418.719.600	487.703.398	403.634.100	490.893.953	396.455.200
Sonstige Einnahmen	6.983.004.004	6.611.186.600	7.191.042.327	6.925.421.700	8.165.064.544	7.103.843.000
Gesamteinnahmen	7.472.533.397	7.029.906.200	7.678.745.725	7.329.055.800	8.655.958.497	7.500.298.200

Die Entwicklung der Einnahmen stellt sich grafisch wie folgt dar:



Die Gegenüberstellung von Rechnungsabschluss und Voranschlag der Gesamteinnahmen zeigte, dass in allen drei Rechnungsjahren Mehreinnahmen erzielt wurden (+ 6,3 Prozent im Jahr 2009, + 4,8 Prozent im Jahr 2010, + 15,4 Prozent im Jahr 2011).

Während bei den Einnahmen mit Zweckwidmung in den Rechnungsjahren 2009 bis 2011 die Abweichungen zwischen den veranschlagten Werten und dem Rechnungsabschluss nahezu konstant waren, kam es bei den sonstigen Einnahmen im Rechnungsjahr 2011 zu einem sprunghaften Anstieg, der sich hauptsächlich mit der nicht veranschlagten Verwertung von Forderungen erklären ließ.

5.4.1 Einnahmen mit Zweckwidmung

Vergleich Voranschlag/Rechnungsabschluss

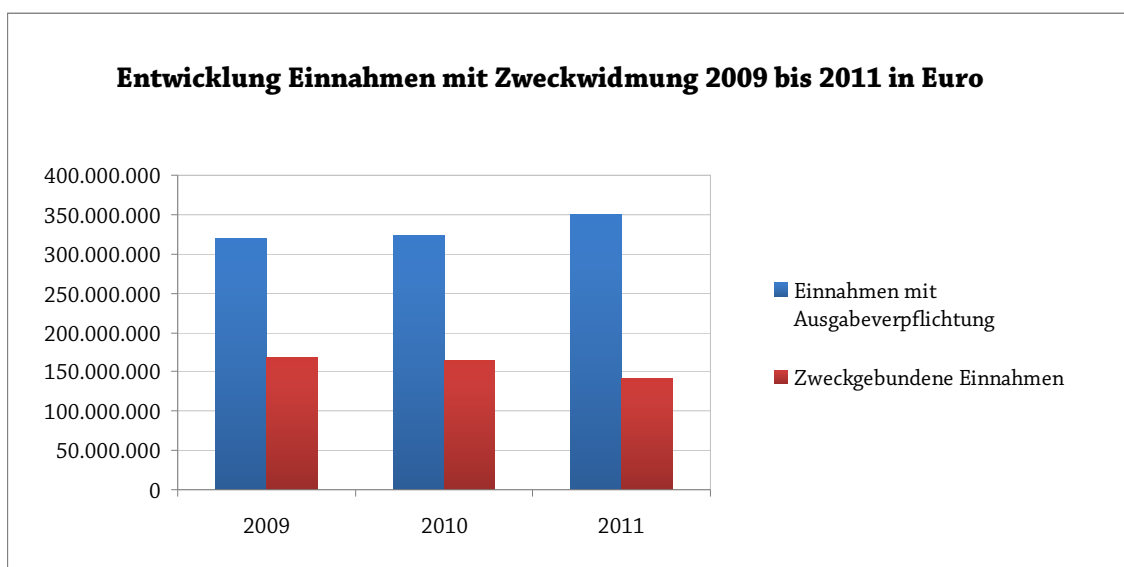
Die Einnahmen mit Zweckwidmung laut Rechnungsabschluss lagen in allen drei Rechnungsjahren über den veranschlagten Werten (+ 16,9 Prozent im Jahr 2009, + 20,8 Prozent im Jahr 2010, + 23,8 Prozent im Jahr 2011). Die Mehreinnahmen entfielen im Wesentlichen auf höhere zweckgebundene Bedarfszuweisungen, höhere Strukturmittel für die Sozialhilfe und höhere Zuschüsse für Katastrophenschäden.

Entwicklung Rechnungsabschluss

Zu den Einnahmen mit Zweckwidmung zählen die Einnahmen mit Ausgabe-
verpflichtung sowie die zweckgebundenen Einnahmen.

Entwicklung Einnahmen mit Zweckwidmung 2009 bis 2011						
	2009		2010		2011	
Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung	321.125.758	65,6%	323.950.881	66,4%	349.235.675	71,1%
davon <i>Ertragsanteile für Gemeinden</i>	154.274.591		154.147.472		168.946.552	
Zweckgebundene Einnahmen	168.403.635	34,4%	163.752.517	33,6%	141.658.278	28,9%
Einnahmen mit Zweckwidmung	489.529.393	100,0%	487.703.398	100,0%	490.893.953	100,0%

Die Entwicklung der Einnahmen mit Zweckwidmung stellt sich grafisch wie folgt dar:



Die Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung sind jene Einnahmen, die auf Grund vertraglicher oder gesetzlicher Verpflichtung für bestimmte Ausgaben bereitgestellt werden müssen. Die Leistungspflicht ist dem Grund und der Höhe nach festgelegt. Zu den zweckgebundenen Einnahmen gehören alle übrigen Einnahmen mit Zweckwidmung.

Insgesamt blieben die Einnahmen mit Zweckwidmung in den Rechnungsjahren 2009 bis 2011 nahezu unverändert. Die Einnahmen mit Ausgabeverpflich-

tung stiegen im geprüften Zeitraum leicht an, während die zweckgebundenen Einnahmen im selben Ausmaß zurückgingen.

Der Anteil der zweckgewidmeten Ertragsanteile für Gemeinden an den Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung lag in allen drei Rechnungsjahren bei einem Anteil von rund 48 Prozent.

5.4.2 Sonstige Einnahmen

Vergleich Voranschlag/Rechnungsabschluss

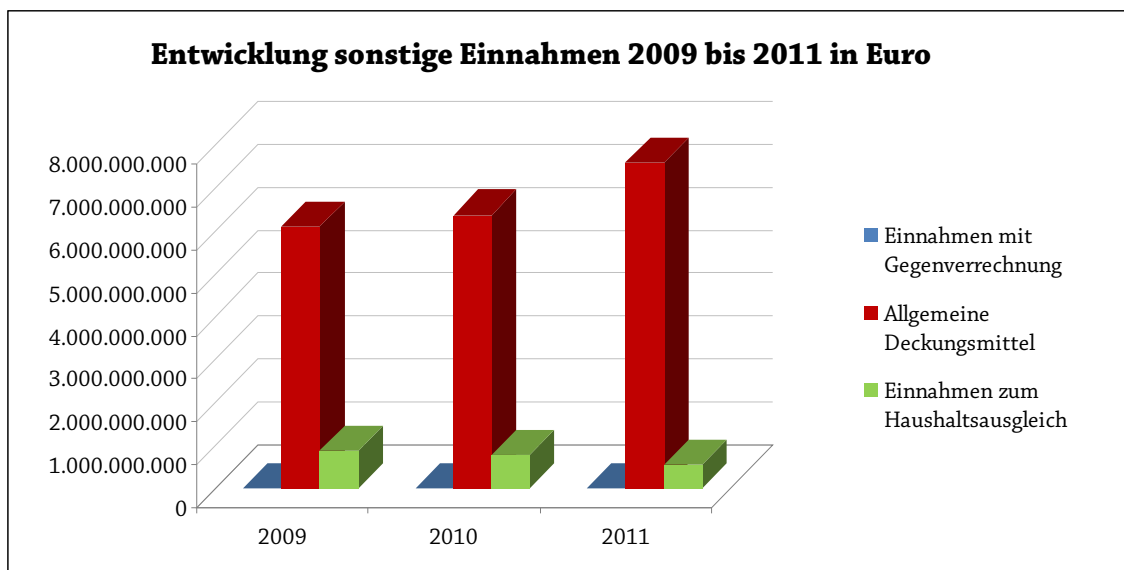
In allen drei Rechnungsjahren konnten gegenüber dem Voranschlag Mehreinnahmen erzielt werden (+ 5,6 Prozent im Jahr 2009, + 3,8 Prozent im Jahr 2010 und + 14,9 Prozent im Jahr 2011). Diese Mehreinnahmen haben sich 2009 und 2010 hauptsächlich durch die Verrechnung bei den Landeskliniken, bei der Wohnbauförderung und der Sozialhilfe ergeben. Im Rechnungsjahr 2011 kam es im Wesentlichen durch die nicht veranschlagte Verwertung von Forderungen zu diesen starken Mehreinnahmen.

Entwicklung Rechnungsabschluss

Die sonstigen Einnahmen laut Rechnungsabschlüsse 2009 bis 2011 entwickelten sich im Detail folgendermaßen:

Entwicklung der sonstigen Einnahmen 2009 bis 2011						
	2009		2010		2011	
Einnahmen mit Gegenverrechnung	4.493.741	0,1%	4.415.223	0,1%	5.043.935	0,1%
Allgemeine Deckungsmittel	6.098.974.838	87,3%	6.382.560.871	88,7%	7.592.872.449	93,0%
<i>davon Ertragsanteile</i>	2.328.360.595		2.292.871.711		2.527.483.731	
Einnahmen zum Haushaltsausgleich	879.535.425	12,6%	804.066.233	11,2%	567.148.160	6,9%
Sonstige Einnahmen	6.983.004.004	100,0%	7.191.042.327	100,0%	8.165.064.544	100,0%

Die Entwicklung der sonstigen Einnahmen stellt sich grafisch wie folgt dar:



Die sonstigen Einnahmen stiegen in den Rechnungsjahren 2009 bis 2011 um 1.182,1 Millionen Euro bzw. 16,9 Prozent an. Der größte Anteil der sonstigen Einnahmen entfiel auf allgemeine Deckungsmittel. Darunter sind vor allem Steuereinnahmen, nicht zweckgebundene Finanzzuweisungen, Erträge des allgemeinen Kapital- und Grundvermögens, sonstige allgemeine Einnahmen sowie Einnahmen wirtschaftlicher Unternehmungen (Betriebe oder betriebsähnliche Einrichtungen) zu verstehen.

Die allgemeinen Deckungsmittel verzeichneten im Rechnungsjahr 2011 durch die Verwertung von Forderungen (Wohnbauförderungsdarlehen III Tranche, Genussrechtsforderungen) einen sprunghaften Anstieg. Durch diese einmaligen Einnahmen konnten außerplanmäßig Finanzschulden getilgt und ein Netto-Überschuss erzielt werden.

Mehr als ein Drittel der allgemeinen Deckungsmittel entfiel jährlich auf die Einnahmen aus Ertragsanteilen. Durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise kam es im Rechnungsjahr 2009 zu Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen von rund 163 Millionen gegenüber den veranschlagten Beträgen.

Im Rechnungsjahr 2010 kam es infolge der Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem weiteren Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um rund 35 Millionen Euro. Im Rechnungsjahr 2011 stiegen die Ertragsanteile gegenüber dem Rechnungsjahr 2010 um rund 220 Millionen Euro an.

Zu den Einnahmen zum Haushaltsausgleich zählen im Wesentlichen Erlöse aus Kreditoperationen (Schuldaufnahmen) und Trägeranteile zum Ausgleich der NÖ Landeskliniken. Der überwiegende Anteil der Einnahmen zum Haushaltsausgleich entfiel auf Schuldaufnahmen. Diese waren jedoch im Rechnungsjahr 2011 durch das bessere Rechnungsabschlussergebnis in geringerem Umfang als veranschlagt (rund 129 Millionen Euro) erforderlich.

Die Einnahmen mit Gegenverrechnung (Vergütungen zwischen Verwaltungszweigen) erzielten nur einen geringen Anteil von 0,1 Prozent.

5.4.3 Entwicklung der Einnahmen nach Gruppen

Die Entwicklung der Einnahmen in den Jahren 2009 bis 2011 gegliedert nach Gruppen stellte sich wie folgt dar:

Entwicklung der Einnahmen nach Gruppen 2009 bis 2011					
Gruppe/Bezeichnung		2009	2010	2011	Veränd. % seit 2009
		in Millionen Euro			
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	102,0	98,5	102,6	+ 0,6
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	4,7	4,8	4,5	- 4,3
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	939,3	966,3	987,1	+ 5,1
3	Kunst, Kultur und Kultus	8,5	1,5	2,9	- 65,9
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	651,2	831,4	788,7	+ 21,1
5	Gesundheit	35,6	36,4	34,5	- 3,1
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	86,6	91,6	124,6	+ 43,8
7	Wirtschaftsförderung	9,9	9,5	8,8	- 11,1
8	Dienstleistungen	2.339,4	2.381,6	2.427,9	+3,8
9	Finanzwirtschaft	3.295,3	3.257,1	4.174,4	+ 26,7
Summe		7.472,5	7.678,7	8.656,0	+ 15,8

Die Einnahmen der Gruppe 9 (Finanzwirtschaft) nahmen seit 2009 mit + 879,1 Millionen Euro bzw. + 26,7 Prozent insbesondere durch die Verwertung von Forderungen im Jahr 2011 am stärksten zu.

Die Zuwächse in der Gruppe 6 (Straßen- und Wasserbau, Verkehr) wurden vor allem durch Rücklagenentnahmen erzielt.

In der Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung) kam es zu einer schwankenden Entwicklung. Die überproportionale Einnahmensteigerung im Rechnungsjahr 2010 war auf höhere Einnahmen im Bereich der Wohnbauförderung (nachträgliche vermehrte Darlehensrückzahlungen, Rücklagenabschreibungen) zurückzuführen. Im Rechnungsjahr 2011 leistete der Bund erstmals Zahlungen zur Dotierung des neu geschaffenen Pflegefonds in Höhe von rund 19,2 Millionen Euro.

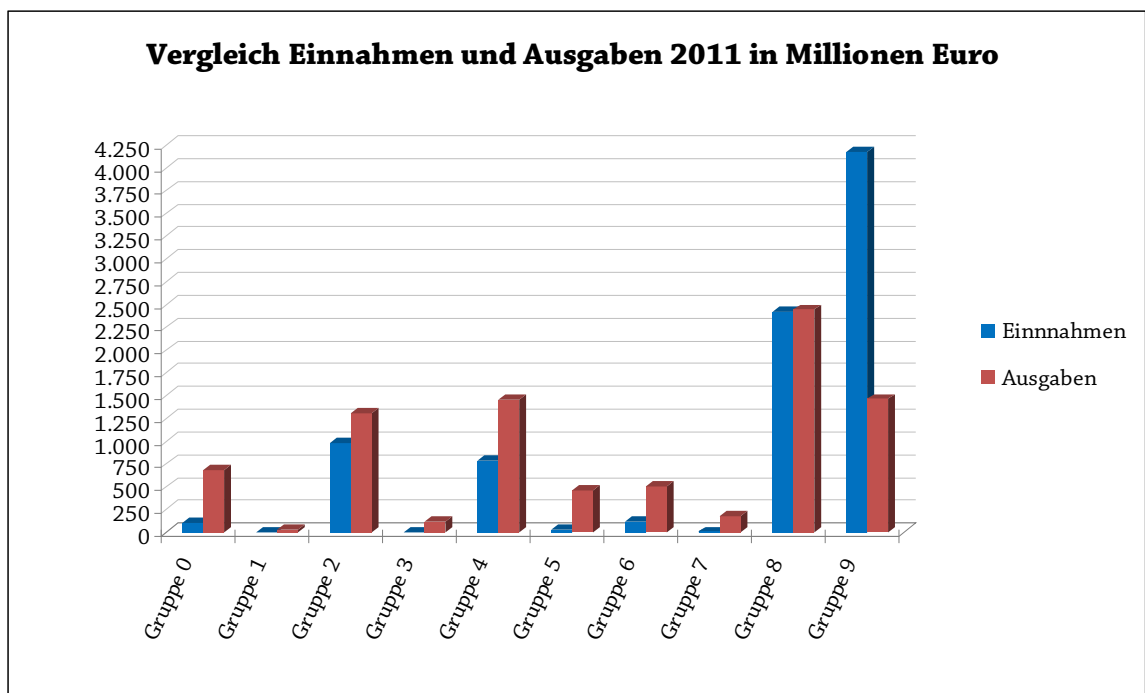
Den größten Einnahmenrückgang verzeichnete die Gruppe 2 (Kunst, Kultur und Kultus). Die höheren Einnahmen im Rechnungsjahr 2009 im Vergleich zu den beiden folgenden Jahren entstanden durch eine Rücklagenauflösung im Bereich Kulturförderung.

5.5 Gegenüberstellung von Ausgaben und Einnahmen

Die Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen des Rechnungsjahres 2011 zeigte folgendes Bild:

Gegenüberstellung von Ausgaben und Einnahmen 2011 in Millionen Euro				
Gruppe/Bezeichnung		Ausgaben	Einnahmen	Differenz
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	680,9	102,6	578,3
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	30,6	4,5	26,1
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	1.307,5	987,1	320,4
3	Kunst, Kultur und Kultus	121,0	2,9	118,1
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	1.461,3	788,7	672,6
5	Gesundheit	463,8	34,5	429,3
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	500,7	124,6	376,1
7	Wirtschaftsförderung	181,7	8,8	172,9
8	Dienstleistungen	2.444,1	2.427,9	16,2
9	Finanzwirtschaft	1.464,4	4.174,4	- 2.710,0
Summe		8.656,0	8.656,0	

Grafisch stellt sich diese Gegenüberstellung wie folgt dar:



Die Grafik veranschaulicht, dass in allen Gruppen – mit Ausnahme der Gruppe 9 – eine teilweise große Differenz zwischen den Ausgaben einer Gruppe und den jeweils ihr direkt zuordenbaren Einnahmen bestand.

In jenen Gruppen mit betriebsähnlichen Einrichtungen wie in der Gruppe 2 mit den landwirtschaftlichen Fachschulen und den Berufsschulen sowie der Gruppe 8 mit den Landeskliniken und Landespflegeheimen erfolgte eine hohe direkte Finanzierung durch Einnahmen. In der Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung) ergaben sich die hohen direkten Einnahmen durch die Refinanzierungen der Gemeinden für die soziale Wohlfahrt sowie aus der Rückzahlung der Wohnbauförderungsdarlehen.

6. Rechnungsquerschnitt

Im Rechnungsquerschnitt wird die postenweise Gliederung aller Einnahmen und Ausgaben des Landes NÖ getrennt nach folgenden Bereichen dargestellt:

- Laufende Gebarung
- Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)

- Finanztransaktionen

Aus dem Rechnungsquerschnitt erfolgt die Ableitung des Finanzierungssaldos (Maastricht-Ergebnis).

6.1 Entwicklung Rechnungsquerschnitt

Das Ergebnis des Rechnungsquerschnitts stellte sich in den Rechnungsjahren 2009 bis 2011 wie folgt dar:

Entwicklung Rechnungsquerschnitt 2009 bis 2011 in Millionen Euro			
	2009	2010	2011
Einnahmen der laufenden Gebarung	6.467,1	6.591,8	6.912,9
Ausgaben der laufenden Gebarung	6.388,7	6.576,2	6.552,9
Ergebnis aus der laufenden Gebarung (Saldo 1)	78,4	15,6	360,0
Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	58,4	118,4	53,6
Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	505,4	531,3	512,3
Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen (Saldo 2)	-447,0	-412,9	-458,7
Einnahmen aus Finanztransaktionen	947,0	968,5	1.689,4
Ausgaben aus Finanztransaktionen	578,4	571,2	1.590,7
Ergebnis der Finanztransaktionen (Saldo 3)	368,6	397,3	98,7
Jahresüberschuss/-fehlbetrag +/- (Saldo 4)	0	0	0

Das Ergebnis der **laufenden Gebarung** unterlag in den Jahren 2009 bis 2011 starken Schwankungen. Im Rechnungsjahr 2010 stiegen die laufenden Ausgaben hauptsächlich durch höhere sonstige laufende Transferausgaben an. Im Rechnungsjahr 2011 gelang es die laufenden Ausgaben einzudämmen und sogar leicht unter das Niveau des Jahres 2010 zu senken. Die laufenden Einnahmen sind im Wesentlichen durch höhere Ertragsanteile gegenüber den Vorjahren stark gestiegen. Somit verbesserte sich das Ergebnis aus der laufenden Gebarung im Rechnungsjahr 2011 markant.

Der Saldo der **Vermögensgebarung** war in den Jahren 2009 bis 2011 annähernd gleich bleibend. Im Rechnungsjahr 2010 kam es sowohl durch die Veräußerung aber auch den Erwerb von unbeweglichem Vermögen (Grundstücke, Gebäude) zu einem Anstieg der Einnahmen und Ausgaben der Vermögensgebarung.

Der Saldo der **Finanztransaktionen** verbesserte sich im Rechnungsjahr 2011 wesentlich gegenüber den beiden Vorjahren. Durch die Verwertung der Forderungen konnten mehr Finanzschulden zurückbezahlt werden. Ebenso wurden durch die Verbesserung des Brutto-Abgangs weniger Finanzschulden aufgenommen.

6.2 Maastricht-Ergebnis (= Finanzierungssaldo)

Im Vertrag von Maastricht verpflichteten sich die EU-Mitgliedsstaaten ihre Wirtschaftspolitik zu koordinieren und zu überwachen sowie sich einer Finanz- und Haushaltsdisziplin zu unterwerfen: Das öffentliche Defizit wurde mit maximal drei Prozent und der öffentliche Schuldenstand mit maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt.

Innerhalb Österreichs haben sich deshalb Bund, Länder und Gemeinden in Stabilitätspakten (Vereinbarung gemäß Art 15a Bundes-Verfassungsgesetz) verpflichtet, Stabilitätsbeiträge zu erbringen, die im Österreichischen Stabilitätspakt 2008 folgendermaßen festgelegt wurden:

Österreichischer Stabilitätspakt 2008, Stabilitätsbeiträge				
	Bund	Länder inkl. Wien	Anteil NÖ am Stabilitätsbeitrag der Länder	
	in % des BIP		in Millionen Euro	in %
2009	-0,68	+0,49	+270	18,548 %
2010	-0,14	+0,52	+299	18,548 %
2011	-0,14	+0,52	+311	18,548 %

Bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde der Österreichische Stabilitätspakt 2008 ausgesetzt.

Im Jahr 2011 schlossen Bund, Länder und Gemeinden einen neuen Österreichischen Stabilitätspakt mit dem Ziel, die höheren Defizite, die durch die Krise entstanden, mittelfristig wieder abzubauen. Darin wurden folgende Stabilitätsbeiträge (zulässige Maastricht-Defizite) festgelegt:

Österreichischer Stabilitätspakt 2011, Stabilitätsbeiträge				
	Bund	Länder inkl. Wien	Anteil NÖ am Stabilitätsbeitrag der Länder	
	in % des BIP		in Millionen Euro	in %
2011	-3,1	-0,75	-433	19,458 %
2012	-2,7	-0,6	-328	17,674 %
2013	-2,4	-0,5	-303	18,895 %
2014	-1,9	-0,5	-350	20,980 %

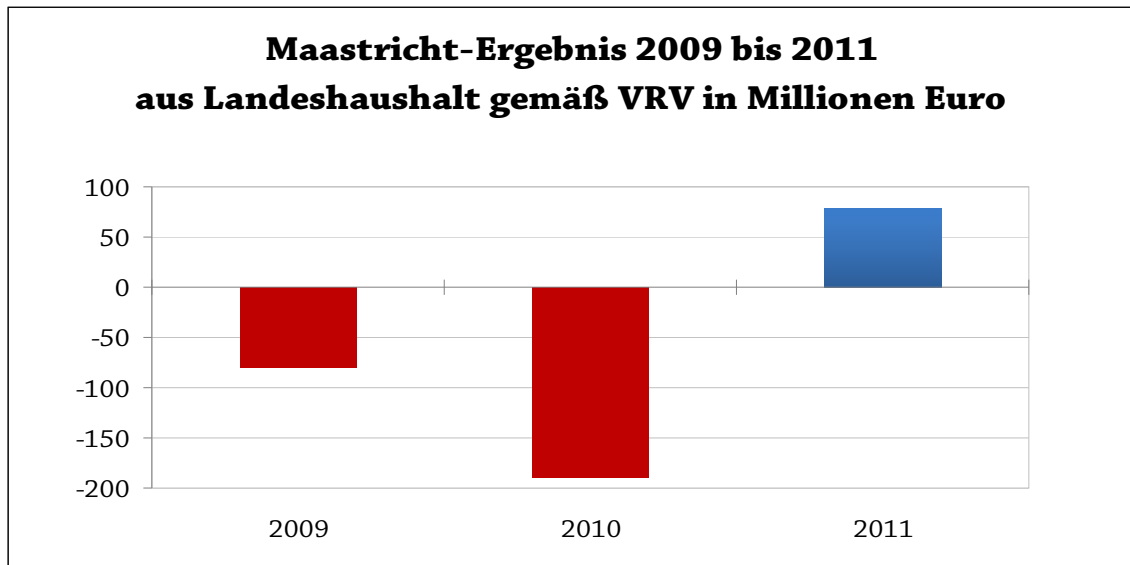
Die Berechnung des Maastricht-Ergebnisses erfolgt nach den jeweils aktuellen Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 95) und wird von der Statistik Austria durchgeführt.

Für den Stabilitätsbeitrag des Landes ist gemäß Österreichischem Stabilitätspakt das ESGV-Ergebnis der Landesebene ausschlaggebend. Dieses Ergebnis beinhaltet nicht nur den Landeshaushalt, sondern auch die ESGV-Ergebnisse ausgegliederter institutioneller Einheiten des öffentlichen Sektors (Landesimmobiliengesellschaft, Landesfonds).

Die Maastricht-Ergebnisse der Jahre 2009 bis 2011 aus den Rechnungsab schlüssen des Landes NÖ gemäß VRV-Rechnungsquerschnitt zeigten folgendes Bild:

Maastricht-Ergebnis laut VRV-Rechnungsquerschnitt 2009 bis 2011		
2009	2010	2011
- 79.848.433	- 189.153.458	+ 78.571.992

Grafisch stellt sich das Maastricht-Ergebnis laut VRV-Rechnungsquerschnitt wie folgt dar:



Die Maastricht-Ergebnisse des Landes NÖ gemäß VRV-Rechnungsquerschnitt waren 2009 und 2010 negativ, im Rechnungsjahr 2011 konnte ein positives Ergebnis von 78,6 Millionen Euro erzielt werden.

Im Österreichischen Stabilitätspakt 2011 (Art 17 Abs 2) wurde vereinbart, durch die Beigabe einer einfachen Überleitungstabelle zu den Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen die Transparenz zwischen dem administrativen Ergebnis und dem ESG-Ergebnis sicherzustellen. Ausgehend vom Finanzierungssaldo des Landeshaushalts gemäß VRV-Rechnungsquerschnitt wurde dieser um die Ergebnisse der ausgegliederten Einheiten, die dem Land NÖ zuzurechnen sind, ergänzt.

Die Überleitungstabelle für die Jahre 2011 bis 2014 zeigt folgendes Bild:

***)Hinzuzurechnender Finanzierungssaldo:**
Finanzierungssaldo für jene Positionen die nicht ohnedies im Finanzierungssaldo gemäß VRV berücksichtigt wurden und Finanzierungssaldo außerbudgetärer Einheiten (Sektor Staat) soweit sie dem Land NÖ zuzurechnen sind. Zum Beispiel Krankenanstaltenfinanzierung, Fonds und Immobiliengesellschaften

Überleitungstabelle 2011 bis 2014 in Millionen Euro					
	2011		2012	2013	2014
Vorgabe Stabilitätspakt 2011	- 433		- 328	- 303	- 350
	lt. Budgetprogramm	lt. RA	lt. Budgetprogramm		
Finanzierungssaldo Land gem. VRV	- 50	+ 78,6	- 36	+ 53	+ 87
Hinzuzurechnender Finanzierungssaldo *)	- 340	- 342,7	- 269	- 202	- 181
Maastricht-Ergebnis gemäß ESVG	- 390	- 264,2	- 305	- 149	- 94
Unterschied	+ 43	+ 168,8	+ 23	+ 154	+ 256

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass im Rechnungsjahr 2011 ein wesentlich besseres Maastricht-Ergebnis gemäß ESVG erzielt werden konnte als geplant. Bei diesem Ergebnis war jedoch zu berücksichtigen, dass die Angaben der ausgegliederten Einrichtungen auf Meldungen von vorläufigen Rechnungsergebnissen 2011 beruhten.

Für die zukünftigen Jahre wird laut NÖ Budgetprogramm ein ebenfalls wesentlich geringeres Maastricht-Defizit angestrebt, als im Österreichischen Stabilitätspakt 2011 gefordert. Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels ist jedoch, dass nicht nur im Landeshaushalt geeignete Maßnahmen zu setzen sind, sondern auch die ausgegliederten Einheiten gefordert sind, ihre Maastricht-Ergebnisse zu erbringen.

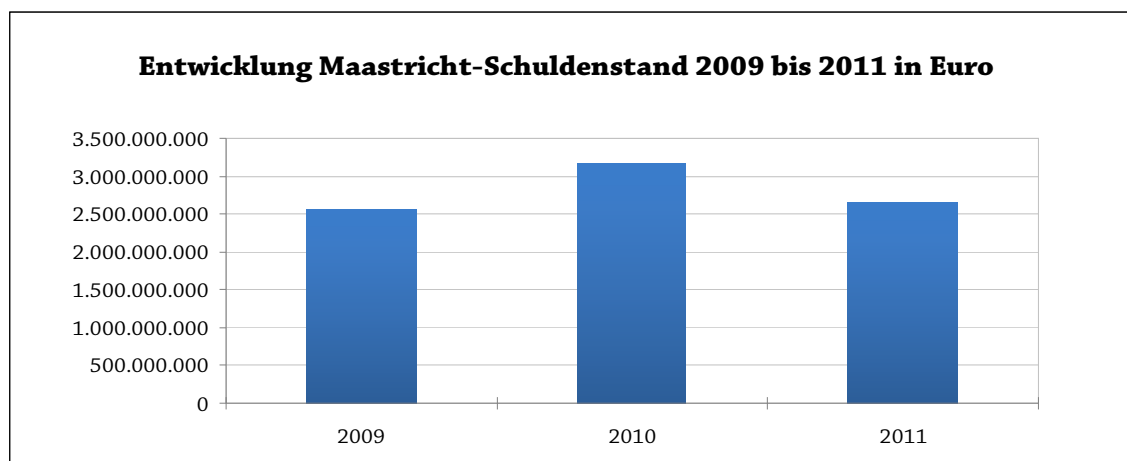
6.3 Maastricht-Schuldenstand

Im Maastricht-Schuldenstand sind die Finanzschulden des Landes NÖ, abzüglich jenes Anteils der auf die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit entfällt, ausgewiesen.

Der Maastricht-Schuldenstand entwickelte sich in den Rechnungsjahren 2009 bis 2011 folgendermaßen:

Entwicklung Maastricht-Schuldenstand 2009 bis 2011		
2009	2010	2011
2.569.157.951	3.178.510.165	2.647.051.658

Die Entwicklung des Maastricht-Schuldenstands stellt sich grafisch wie folgt dar:



Der Maastricht-Schuldenstand erhöhte sich im Rechnungsjahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um rund 609 Millionen Euro. Im Rechnungsjahr 2011 konnte dieser jedoch durch die vermehrte Tilgung von Finanzschulden nahezu auf das Niveau des Rechnungsjahres 2009 gesenkt werden.

6.4 Entwicklung ausgewählter Kennzahlen

Der Landesrechnungshof hat neben den Maastricht-Ergebnissen auf Basis der Rechnungsabschlüsse des Landes NÖ folgende Kennzahlen berechnet, die die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes NÖ widerspiegeln:

Entwicklung ausgewählter Kennzahlen 2009 bis 2011			
	2009	2010	2011
Quote öffentliches Sparen in Prozent	1,23	0,24	5,49
Eigenfinanzierungsquote in Prozent	94,65	94,41	98,60
Quote der freien Finanzspitze in Prozent	0,10	- 0,96	1,05
Pro-Kopf-Verschuldung in Euro	1.601	1.977	1.642

Die **Quote öffentliches Sparen** zeigt, in welchem Ausmaß die laufenden Einnahmen über den laufenden Ausgaben liegen. Je höher diese Quote, desto mehr Mittel stehen für die Finanzierung der Ausgaben der Vermögensgebarung zur Verfügung. Die Öffentliche Sparquote des Landes NÖ sank im Rechnungsjahr 2010 gegen Null, womit kaum mehr Mittel aus den laufenden Einnahmen für Investitionen oder zur Schuldentilgung zur Verfügung standen. Im Rechnungsjahr 2011 verbesserte sich diese Quote jedoch wesentlich.

Die **Eigenfinanzierungsquote** zeigt, in welchem Ausmaß die laufenden Ausgaben und die Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen durch laufende Einnahmen und Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen gedeckt sind. Die Eigenfinanzierungsquote ging im Rechnungsjahr 2010 leicht zurück, näherte sich aber im Rechnungsjahr 2011 nahe der 100 Prozent, wodurch die genannten Ausgaben nahezu vollständig mit Eigenmitteln finanziert werden konnten.

Die **Quote der freien Finanzspitze** gibt Auskunft, in welchem Ausmaß laufende Einnahmen für neue Investitionen bereitstehen. Mit dem Absinken dieses Wertes unter Null sind Investitionen nur durch Neuverschuldung möglich. Nachdem die Kennzahl im Jahr 2010 unter Null absank, konnte 2011 eine deutliche Verbesserung erzielt werden. Hiezu ist anzumerken, dass im Jahr 2011 nur die relevanten fortdauernden Tilgungen zur Berechnung dieser Kennzahl herangezogen wurden.

Die **Pro-Kopf-Verschuldung** gibt Auskunft, in welcher Höhe jeder Einwohner Niederösterreichs mit Schulden aus dem Landeshaushalt belastet ist. Basis bildeten dabei der Maastricht-Schuldenstand sowie die Einwohnerzahl laut Statistischem Handbuch NÖ. Durch die vermehrte Tilgung von Finanzschulden im Rechnungsjahr 2011 sank die Pro-Kopf-Verschuldung wieder deutlich und erreichte nahezu den Wert des Rechnungsjahres 2009.

7. Vermögensrechnung

Die Vermögensrechnung stellte einen wesentlichen Bestandteil des jeweiligen Teilhefts „Nachweis“ der Rechnungsabschlüsse des Landes NÖ dar. Neben einem Gesamtüberblick des Landesvermögens wurden darin auch Detailauswertungen zu den einzelnen Positionen ausgewiesen. Zum Teil gingen diese über den in der VRV geforderten Umfang hinaus.

Per Rechnungsabschluss zum 31. Dezember 2011 stellte sich der Vermögensstand des Landes NÖ wie folgt dar:

Vermögensstand per 31.12.2011			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen			
Immobilien	853.254.368,84	Eigenkapital	3.859.858.450,95
Mobilien	251.072.726,57		
Beteiligungen	50.838.290,54	Rücklagen	460.012.427,06
Summe Anlagevermögen	1.155.165.385,95		
Umlaufvermögen		Verbindlichkeiten	
Bankguthaben	20.395.425,64	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	248.399.866,14
Darlehensforderungen	6.613.539.678,69	Nicht fällige Verwaltungsschulden	6.684.718.451,30
Vorschüsse	1.534.793.273,22	Finanzschulden: Darlehen und Anleihen	3.450.506.856,19
Nicht fällige Verwaltungsforderungen	597.462.382,23	Innere Anleihen	1.258.680.798,74
Sonstige Forderungen	712.498.023,26	Sonstige Verbindlichkeiten	1.693.257.408,84
Summe Umlaufvermögen	9.478.688.783,04	Summe Verbindlichkeiten	13.335.563.381,21
Haushaltsrücklagen	460.012.427,06		
Aktive Rechnungsabgrenzung	192.041.433,79	Passive Rechnungsabgrenzung	57.220.188,07
Wertberichtigung zum Eigenkapital	6.485.393.949,90	Wertberichtigung zum Eigenkapital	58.647.532,45
Summe Aktiva	17.771.301.979,74	Summe Passiva	17.771.301.979,74

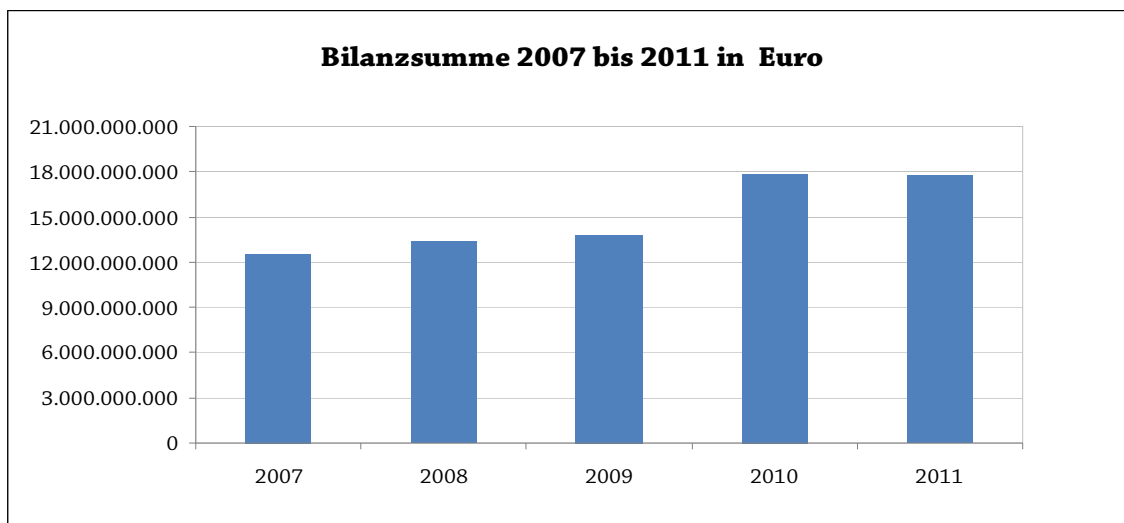
Aktivseitig wird das Vermögen des Landes NÖ und passivseitig dessen Finanzierung dargestellt.

7.1 Entwicklung Bilanzsumme

Die Bilanzsummen, die in den Vermögensrechnungen der Rechnungsabschlüsse 2007 bis 2011 des Landes NÖ ausgewiesen wurden, entwickelten sich wie folgt:

Bilanzsumme 2007 bis 2011				
2007	2008	2009	2010	2011
12.543.953.508	13.420.534.553	13.817.707.043	17.850.309.018	17.771.301.980

Die Entwicklung der Bilanzsumme stellt sich grafisch wie folgt dar:



Während die Entwicklung in den Jahren 2007 bis 2009 kontinuierlich erfolgte, ergab sich im Jahr 2010 eine deutliche Steigerung von rund 29,2 Prozent. Die Bilanzsumme von 2010 auf 2011 änderte sich kaum. Die Steigerung des Jahres 2010 war auf eine wesentliche Änderung der Bewertung bzw. Darstellung im Rahmen der Vermögensrechnung zurückzuführen, die in der folgenden Analyse der einzelnen Positionen der Vermögensrechnung genauer erläutert werden.

Die in den Rechnungsabschlüssen abgebildeten Vermögensrechnungen wiesen zur Darstellung der Entwicklung jeweils die Vorjahresergebnisse aus. Im Jahr 2010 erfolgten jedoch keinerlei Anmerkungen, welche die wesentlichen Änderungen der Darstellung und Bewertung nachvollziehbar erläuterten.

Zur Verbesserung der Nachvollziehbarkeit der Vermögensrechnung sind ab dem Rechnungsjahr 2011 wesentliche Änderungen in der Darstellung und Bewertung entsprechend zu erläutern.

Stellungnahme der NÖ Landesregierung:

Die Forderung des Landesrechnungshofs kann aus zeitlichen Gründen im Rechnungsabschluss 2011 nicht mehr umgesetzt werden, wird aber in den künftigen Rechnungsjahren beachtet werden.

Äußerung des Landesrechnungshofs Niederösterreich:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

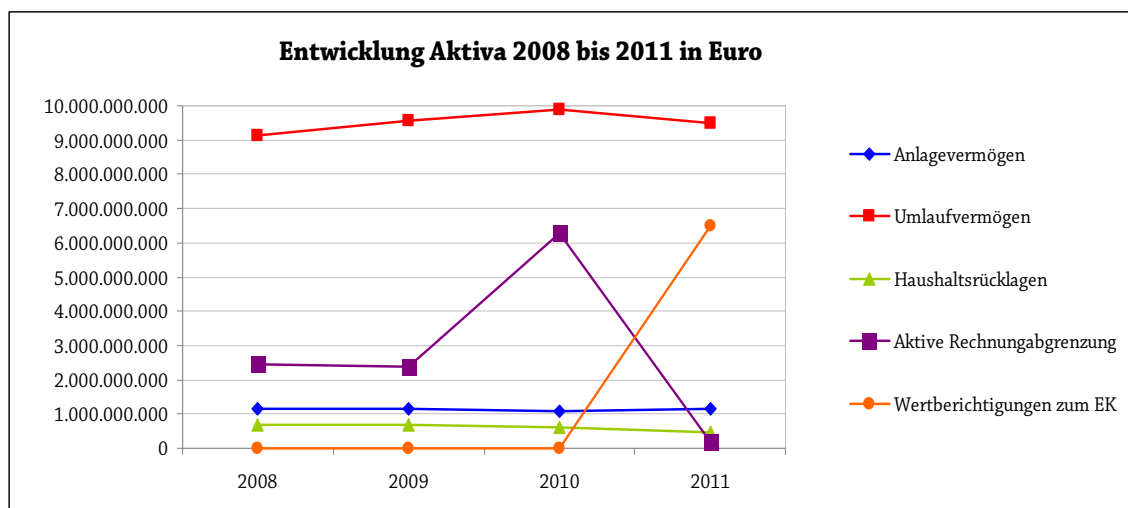
7.2 Aktiva

Entwicklung Aktiva

Die Aktivseite der Vermögensrechnung des Landes NÖ entwickelte sich wie folgt:

Entwicklung Aktiva 2008 bis 2011								
	2008		2009		2010		2011	
	in Mio.	in %	in Mio.	in %	in Mio.	in %	in Mio.	in %
Anlagevermögen	1.138,55	8,5	1.172,22	8,5	1.078,24	6,1	1.155,17	6,5
Umlaufvermögen	9.137,23	68,1	9.584,59	69,4	9.896,28	55,4	9.478,69	53,3
Haushaltsrücklagen	684,49	5,1	677,64	4,9	602,96	3,4	460,01	2,6
Aktive Rechnungsabgrenzung	2.460,26	18,3	2.383,26	17,2	6.272,83	35,1	192,04	1,1
Wertberichtigung zum Eigenkapital (EK)	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	6.485,39	36,5
GESAMT	13.420,53	100,0	13.817,71	100,0	17.850,31	100,0	17.771,30	100,0

Die Entwicklung der Aktiva stellt sich grafisch wie folgt dar:



Die Entwicklung der Aktivseite zeigt, dass die wesentlichen Änderungen in der Darstellung und Bewertung im Bereich der Aktiven Rechnungsabgrenzung bzw. Wertberichtigung zum Eigenkapital erfolgten.

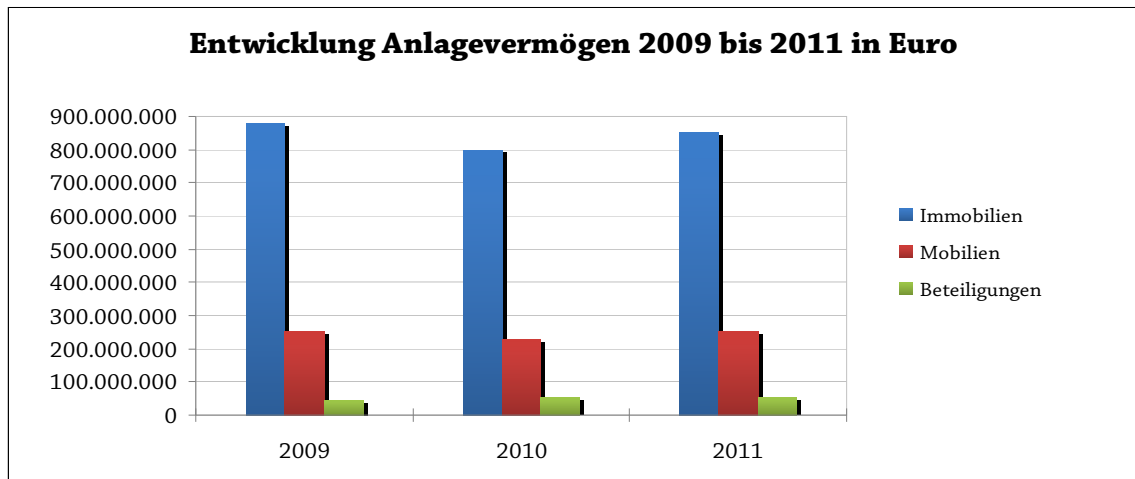
Die einzelnen Positionen der Aktivseite (Anlage- und Umlaufvermögen, Haushaltsrücklagen, Aktive Rechnungsabgrenzung, Wertberichtigung zum Eigenkapital) stellten sich wie folgt dar:

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen entwickelte sich wie folgt:

Entwicklung Anlagevermögen 2009 bis 2011						
	2009		2010		2011	
Immobilien	878.133.299	74,9%	799.658.173	74,2%	853.254.369	73,9%
Mobilien	250.853.772	21,4%	227.808.243	21,1%	251.072.727	21,7%
Beteiligungen	43.236.228	3,7%	50.768.897	4,7%	50.838.290	4,4%
GESAMT	1.172.223.299	100,0%	1.078.235.313	100,0%	1.155.165.386	100,0%

Grafische stellt sich diese Entwicklung wie folgt dar:



Die einzelnen Bereiche des Anlagevermögens zeigten keine auffälligen Veränderungen.

Auf Grund verschiedener Vorgaben kamen bei den Immobilien und Mobilien jedoch unterschiedliche Methoden der Abschreibung zur Anwendung. Die Immobilien und Mobilien der Krankenanstalten sowie die Mobilien der Landespflegeheime wurden linear nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten abgeschrieben. Straßen- und Brückenbauten wurden zur Gänze abgeschrieben, während die übrigen Mobilien und Immobilien in der Regel bis zu ihrem Ausscheiden mit dem halben Anschaffungswert eingebucht blieben.

Die Bewertung der Immobilien und Mobilien erfolgte im Rahmen der geltenden Vorgaben mit unterschiedlichen Abschreibungsmethoden. Auf Grund dieser verschiedenen Methoden entsprechen die ausgewiesenen Werte teilweise nicht den tatsächlichen wirtschaftlichen Werten.

Stellungnahme der NÖ Landesregierung:

Die Finanzreferentenkonferenz hat sich wiederholt für eine Weiterentwicklung der VRV ausgesprochen. Niederösterreich wird sich für eine Änderung bzw. Vereinheitlichung der Abschreibungsmethodik verwenden, um die tatsächlichen wirtschaftlichen Werte in den Haushaltsrechnungen abbilden zu können.

Äußerung des Landesrechnungshofs Niederösterreich:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

In den Beteiligungen waren die direkten Beteiligungen des Landes NÖ mit deren Nominalwerten dargestellt. Der Landesrechnungshof verglich den Stand der Beteiligungen mit dem Firmenbuch und stellte Abweichungen fest. Diese entstanden insbesondere aus Verschmelzungen mit anderen Unternehmungen. Die Landesbuchhaltung, die für die Endkontrolle der Nachweise zuständig ist, verfügte jedoch über keinen Firmenbuchzugang und konnte daher eine solche Kontrolle nicht durchführen. Sie war ausschließlich auf die Meldungen der jeweiligen Fachabteilungen angewiesen.

Die Abweichungen der Rechnungsabschlussdaten von den Firmenbuchdaten sind zu bereinigen. Der Landesbuchhaltung ist ein Firmenbuchzugang zur Kontrolle der Beteiligungsdaten zur Verfügung zu stellen.

Stellungnahme der NÖ Landesregierung:

Die Forderung des Landesrechnungshofs betreffend Firmenbuchdaten wird aufgegriffen. Seitens der Abteilung Finanzen wird ein Firmenbuchzugang für die Landesbuchhaltung beantragt werden.

Äußerung des Landesrechnungshofs Niederösterreich:

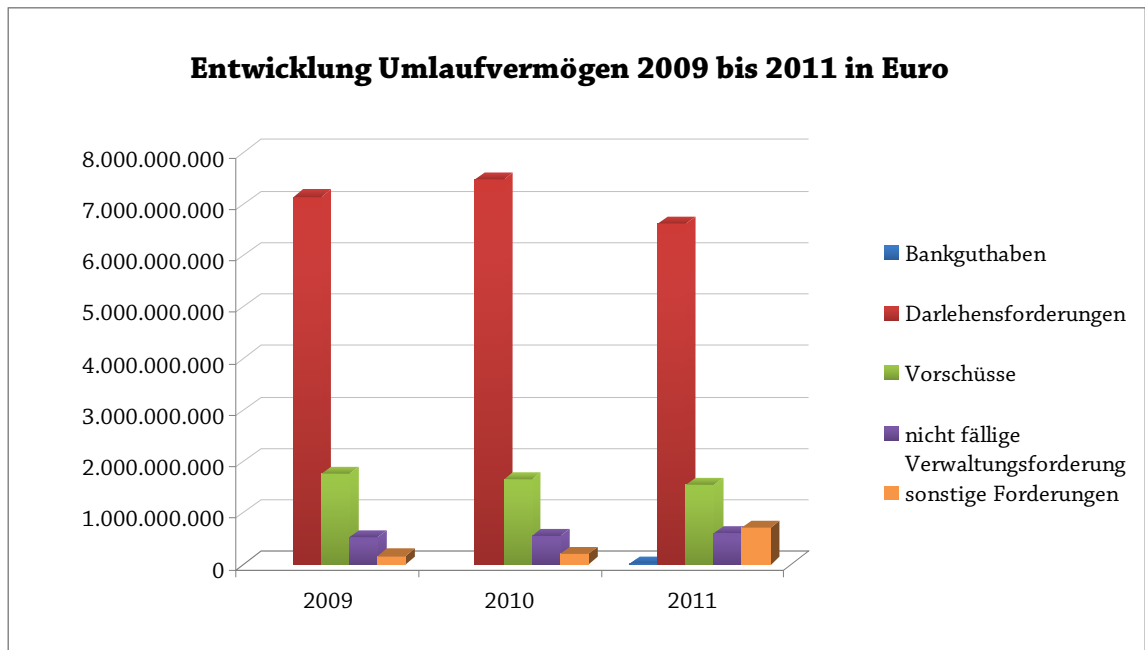
Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen entwickelte sich wie folgt:

Entwicklung Umlaufvermögen 2009 bis 2011						
	2009		2010		2011	
Bankguthaben	0	0,0%	0	0,0%	20.395.426	0,2%
Darlehensforderungen	7.142.520.645	74,5%	7.476.574.342	75,6%	6.613.539.679	69,8%
Vorschüsse	1.750.829.771	18,3%	1.652.546.632	16,7%	1.534.793.273	16,2%
nicht fällige Verwaltungsforderung	530.235.953	5,5%	557.484.769	5,6%	597.462.382	6,3%
sonstige Forderungen	160.999.503	1,7%	209.673.546	2,1%	712.498.023	7,5%
GESAMT	9.584.585.872	100,0%	9.896.279.289	100,0%	9.478.688.783	100,0%

Die Entwicklung des Umlaufvermögens stellt sich grafisch wie folgt dar:



Zu den Bestandteilen des Umlaufvermögens war folgendes anzumerken:

- Bis 2010 erfolgte die Darstellung der Bankkonten netto, das heißt die positiven und negativen Salden wurden aufsummiert. Im Jahr 2011 wurde auf die richtige Bruttodarstellung umgestellt. Daher sind ab diesem Rechnungsjahr die positiven Bankkonten auf der Aktivseite als Bankguthaben und die im Rahmen einer kurzfristigen Zwischenfinanzierung negativen Bankkonten auf der Passivseite als Verbindlichkeiten gegenüber Banken dargestellt.

Genussrechte sind eine besondere Beteiligungsform, bei dem ein Genussrechtskapital zur Verfügung gestellt wird und damit Rechte am Ergebnis einer Gesellschaft (Verzinsung) erworben werden. Das Genussrechtskapital kann auf Grund vertraglicher Bedingungen ganz oder teilweise zurückbezahlt werden. Bei einer Auflösung der Gesellschaft richtet sich die Höhe der Rückzahlung des Genussrechtskapitals nach dem wirtschaftlichen Ergebnis.

- Der deutliche Rückgang der Darlehensforderung im Rechnungsjahr 2011 von rund 862 Millionen Euro ist hauptsächlich auf die Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen (III Tranche) sowie von Genussrechtsforderungen aus der I Tranche der Wohnbauförderungsdarlehensverwertung zurückzuführen. Daraus wurde im Wesentlichen die vermehrte Tilgung von Finanzschulden finanziert. In den Jahren 2009 bis 2011 konnten aus den Darlehensforderungen Zinserträge von insgesamt rund 365,9 Millionen Euro erzielt werden. Zur Verwertung kamen zu rund 68 Prozent Darlehen der Wohnbauförderung, die nicht oder äußerst gering verzinst waren. Daraus ergibt sich keine wesentliche Verminderung der laufenden Zinserträge. Aus der Verwertung von Genussrechtsforderungen ist auf Zinsbasis 2011 eine Minderung der Zinserträge von rund 7,0 Millionen Euro pro Jahr zu erwarten.
- Unter der Bilanzposition „sonstige Forderungen“ werden im Wesentlichen alle Forderungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit dargestellt. Diese sind in der Regel kurzfristiger Natur. Die deutliche Steigerung der sonstigen Forderungen im Jahr 2011 stand im Zusammenhang mit der Abwicklung der III Tranche der Wohnbauförderungsdarlehensverwertung. Da die diesbezüglichen Geldflüsse auf der Einnahmenseite teilweise erst 2012 geflossen sind, mussten diese auf Grund einer periodengerechten Darstellung im Rechnungsjahr 2011 als Forderungen eingebucht werden.

Haushaltsrücklagen

Die Haushaltsrücklagen entstanden durch nicht in Anspruch genommene Kreditmittel des laufenden bzw. der vorjährigen Rechnungsjahre (zum Beispiel für mehrjährige Projekte) und durch noch nicht verbrauchte zweckgebundene Einnahmen. Die jeweiligen Voranschlagsbeschlüsse haben diese Mittel als Übertragungsfähig deklariert und sie können daher zur Bedeckung von Ausgaben in kommenden Rechnungsjahren herangezogen werden, wobei die Verwendung in der Regel auf das jeweilige mehrjährige Projekt bzw. die jeweiligen zweckgebundenen Ausgaben beschränkt ist. Die Haushaltsrücklagen verringerten sich im Rechnungsjahr 2011 gegenüber dem Rechnungsjahr 2010 um rund 142,95 Millionen Euro, da sie verstärkt zur Finanzierung des Haushalts herangezogen wurden.

Aktive Rechnungsabgrenzung und Wertberichtigung zum Eigenkapital

Diese beiden Posten veränderten sich in den Jahren 2010 und 2011 stark. Dazu stellte der Landesrechnungshof fest:

Ursprünglich hatte die Aktive Rechnungsabgrenzung ausschließlich die Aufgabe die Gebarung kurzfristig periodengerecht abzugrenzen. Darüber wurden geldmäßige Ausgaben im alten Rechnungsjahr, die jedoch bereits das neue Rechnungsjahr betroffen haben, abgewickelt. Dieser Bereich wurde bis 2010 auch als „Aktive Rechnungsabgrenzung I“ ausgewiesen und hatte einen jährlichen Gebarungsumfang von rund 100 bis 160 Millionen Euro.

Mit der Verwertung der I Tranche der Wohnbauförderung im Jahre 2001 wurde eine „Aktive Rechnungsabgrenzung II“ eingebucht. Diese hatte die Aufgabe einer periodengerechten Darstellung, nämlich die Barwertabzinsung über die Laufzeit der Verwertung zu verteilen. Diese „Aktive Rechnungsabgrenzung II“ wurde im Jahr 2010 um die Komponente jener nicht fälligen Verwaltungsschulden (Zusagen für Annuitätenzuschüsse aus der Wohnbauförderung, Sonderfinanzierungen) erweitert, die mit der Einbuchung einen sofortigen, direkten Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung verursachten, jedoch auf Grund ihrer Langfristigkeit ebenfalls auf die Laufzeit zu verteilen waren. Mit 2011 wurde diese „Aktive Rechnungsabgrenzung II“ wegen der dadurch erzielten langfristigen Aufteilung der Verluste aus Gewinn- und Verlustrechnung richtiger Weise als „Wertberichtigung zum Eigenkapital“ dargestellt. Die im Jahre 2011 ausgewiesene „Wertberichtigung zum Eigenkapital“ setzte sich aus rund 4.016 Millionen Euro Wertberichtigungen zu den Aufwendungen aus den nicht fälligen Verwaltungsschulden und rund 2.469 Millionen Euro Wertberichtigungen aus der Barwertabzinsung der Wohnbauförderungsverwertungen zusammen.

Diese Darstellung ist für den Landesrechnungshof nachvollziehbar und trägt dazu bei, den Aufwand und das Vermögen des Landes NÖ periodengerecht abzubilden.

Wie bereits im Punkt Anlagevermögen erwähnt werden Straßen- und Brückenbauten zur Gänze abgeschrieben. Damit wird der Aufwand sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung wirksam. Straßenbauvorhaben sind in der Regel auch sonderfinanziert und somit in den nicht fälligen Verwaltungsschulden enthalten, eine Verteilung dieses Aufwandes über die Laufzeit erfolgte bisher jedoch nicht.

Im Sinne einer einheitlichen Vorgangsweise sollte der Anteil der nicht fälligen Verwaltungsschulden aus den Straßen- und Brückenbauten, die über die sofortige Abschreibung einen Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung verursachen, auch über die Wertberichtigung zum Eigenkapital auf die Laufzeit verteilt werden.

Stellungnahme der NÖ Landesregierung:

Die Anregung des Landesrechnungshofs bezüglich der Wertberichtigungen zum Eigenkapital wird im nächsten Rechnungsabschluss umgesetzt werden.

Äußerung des Landesrechnungshofs Niederösterreich:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

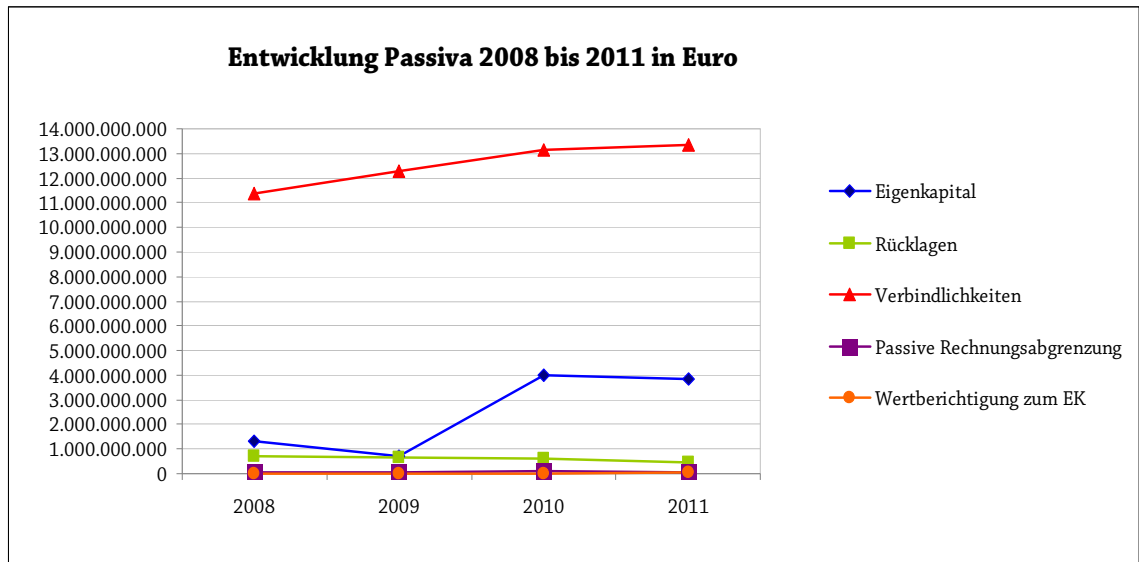
7.3 Passiva

Entwicklung Passiva

Die Passivseite der Vermögensrechnung des Landes NÖ entwickelte sich wie folgt:

Entwicklung Passiva 2008 bis 2011								
	2008		2009		2010		2011	
	in Mio.	in %	in Mio.	in %	in Mio.	in %	in Mio.	in %
Eigenkapital	1.324,92	9,9	729,11	5,2	4.010,27	22,5	3.859,86	21,7
Rücklagen	684,49	5,1	677,64	4,9	602,96	3,4	460,01	2,6
Verbindlichkeiten	11.368,05	84,7	12.363,24	89,5	13.133,02	73,5	13.335,56	75,1
Passive Rechnungsabgrenzung	43,07	0,3	47,72	0,4	104,06	0,6	57,22	0,3
Wertberichtigung zum Eigenkapital (EK)	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	58,65	0,3
GESAMT	13.420,53	100,0	13.817,71	100,0	17.850,31	100,0	17.771,30	100,0

Die Entwicklung der Passiva stellt sich grafisch wie folgt dar:



Die Entwicklung der Passivseite zeigt insbesondere den Sprung des Eigenkapitals im Jahr 2010, der durch die Einstellung der zusätzlichen „Aktiven Rechnungsabgrenzung“ bzw. der aktivseitigen „Wertberichtigung zum Eigenkapital“ hervorgerufen wurde.

Die einzelnen Positionen der Passivseite (Eigenkapital, Rücklagen, Verbindlichkeiten, Passive Rechnungsabgrenzung, Wertberichtigung zum Eigenkapital) stellten sich wie folgt dar:

Eigenkapital

Durch das Eigenkapital wird jener Teil des Vermögens dargestellt, der nach Abzug aller Verbindlichkeiten übrig bleibt. In den letzten Jahren waren durch die Inanspruchnahme von langfristigen Sonderfinanzierungsformen sowie durch die Verwertung von langfristigen Forderungen Änderungen in der Bewertung notwendig, um eine entsprechend periodengerechte Darstellung des Eigenkapitals zu erreichen. Dadurch war beim Land NÖ eine verstärkte Tendenz festzustellen, die Vermögenswerte entsprechend zu bewerten und die periodengerechte Darstellung von Aufwand und Ertrag sicherzustellen. Klare diesbezügliche Vorgaben für die Gebietskörperschaften existieren jedoch nicht.

Durch die ab dem Jahr 2010 verbesserte periodengerechte Abbildung der Aufwendungen konnte in den Vermögensrechnungen der Jahre 2010 und 2011 eine Eigenkapitalquote von über 20 Prozent ausgewie-

sen werden. Die auf der Aktivseite eingestellte Wertberichtigung in Höhe von rund 36,5 Prozent der Bilanzsumme zeigt jedoch, dass bereits beträchtliche Verpflichtungen für die Zukunft eingegangen wurden. Eine Eigenkapitalquote von über 20 Prozent wird für das Land NÖ auf Dauer nur zu halten sein, wenn einerseits entsprechende Erträge sichergestellt werden und andererseits die Entwicklung der Aufwendungen unter Berücksichtigung der bereits eingegangenen zukünftigen Verpflichtungen daran angepasst wird.

Rücklagen

Diese entstanden durch nicht in Anspruch genommene Kreditmittel bzw. noch nicht verwendete zweckgebundene Einnahmen. Da sie in der Regel bereits für Vorhaben verplant sind, werden sie richtiger Weise nicht direkt dem Eigenkapital zugeschlagen, sondern als eigene Bilanzpost dargestellt. Siehe auch Ausführungen zu der in der Höhe korrespondierenden Bilanzpost „Haushaltsrücklagen“.

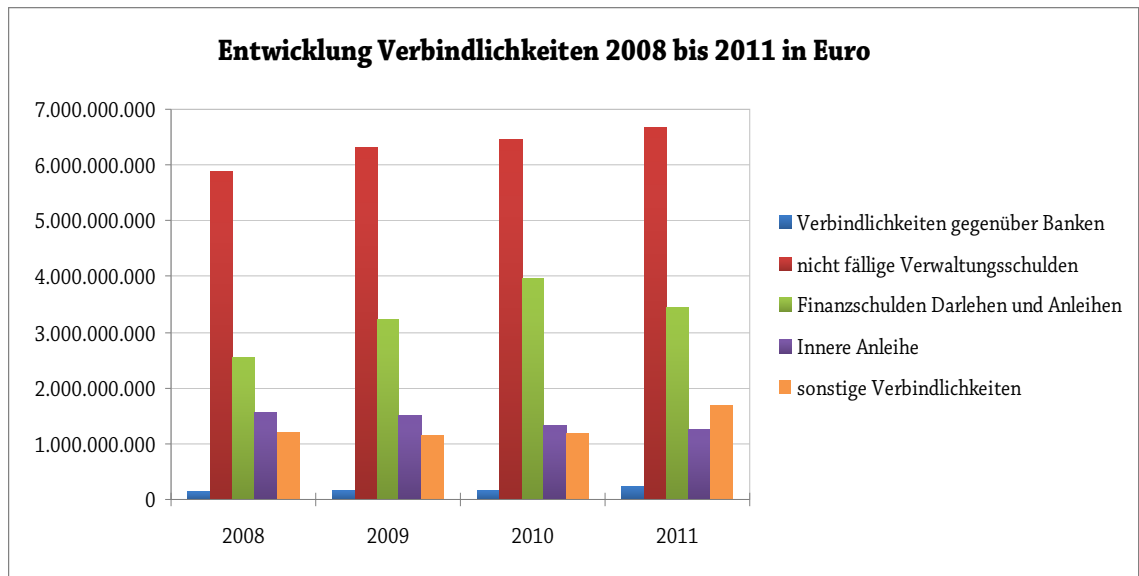
Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten dokumentieren zum jeweiligen Bilanzstichtag den Anteil des Vermögens, der über Fremdkapital finanziert wurde bzw. wird. Davon bewirkten im Wesentlichen nur die Finanzschulden einen echten kassenwirksamen Abgang und eine Zinsbelastung der laufenden Gebarung.

Die Verbindlichkeiten laut Rechnungsabschlüssen haben sich wie folgt entwickelt:

Entwicklung Verbindlichkeiten 2008 bis 2011								
	2008		2009		2010		2011	
	in Mio.	in %	in Mio.	in %	in Mio.	in %	in Mio.	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	136,01	1,2	158,97	1,3	179,08	1,4	248,40	1,9
nicht fällige Verwaltungsschulden	5.883,18	51,7	6.309,69	51,0	6.476,64	49,3	6.684,72	50,1
Innere Anleihe	1.566,56	13,8	1.500,62	12,1	1.326,66	10,1	1.258,68	9,4
sonstige Verbindlichkeiten	1.225,09	10,8	1.171,11	9,5	1.188,66	9,0	1.693,26	12,7
Finanzschulden: Darlehen und Anleihen	2.557,20	22,5	3.222,85	26,1	3.961,98	30,2	3.450,50	25,9

Die Entwicklung der Verbindlichkeiten stellt sich grafisch wie folgt dar:



Zur den einzelnen Bestandteilen der Verbindlichkeiten ist folgendes anzumerken:

- Die „Verbindlichkeiten gegenüber Banken“ entstanden durch kurzfristige Zwischenfinanzierungen, die innerhalb von vereinbarten Überziehungsrahmen von Bankkonten angesprochen wurden, um die Zeitdifferenzen zwischen den kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Zum Beispiel wurden die gemeinschaftlichen Ertragsanteile durch den Bund in der Regel am Ende eines Quartals zugewiesen. Die Ausgaben des Landes NÖ fielen jedoch über das gesamte Quartal an. In der Privatwirtschaft werden solche kurzfristigen Zwischenfinanzierungen auch als Betriebsmittelkredite bezeichnet. Bis 2010 wurden die Bankkonten des Landes in der Vermögensrechnung aufsaldiert netto dargestellt. Ab 2011 erfolgte wie bereits bei der Aktivseite erläutert, die korrekte Bruttodarstellung.
- Die „nicht fälligen Verwaltungsschulden“ beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus langfristigen Zusagen aus der Wohnbauförderung in Form von Annuitätenzuschüssen (rund 2.945 Millionen Euro) bzw. von Darlehen (rund 1.889 Millionen Euro) und Verpflichtungen aus Sonderfinanzierungen in Höhe von rund 1.851 Millionen Euro.

- Die Finanzschulden in Form von Darlehen und Anleihen sind in den Jahren 2009 und 2010 deutlich gestiegen. Im Jahr 2011 wurde durch die vermehrten Tilgungen eine Trendumkehr erreicht. Für die Finanzschulden mussten in den Jahren 2009 bis 2011 Zinsen von insgesamt rund 289,9 Millionen Euro aufgewendet werden. Durch die im Rechnungsjahr 2011 gesetzten Maßnahmen konnten statt einer geplanten Schuldensteigerung von rund 289,7 Millionen Euro eine Minderung der Finanzschulden von rund 511 Millionen Euro erzielt werden. Bei einem angenommenen Zinsniveau von drei Prozent ist daraus eine Entlastung der künftigen Zinszahlungen von rund 24 Millionen Euro pro Jahr zu erwarten. Durch die vermehrte Tilgung konnte das Gebarungsrisiko aus Zinszahlungen entsprechend reduziert werden.
- Mit „Inneren Anleihen“ erfolgt die Finanzierung von Soll-Abgängen durch „Eigenmittel“. Dabei werden Rücklagen (zB aus der Wohnbauförderung) oder andere zweckgebundene Mittel in Form eines internen Vorschusses (siehe Bilanzpost Vorschüsse auf der Aktivseite) zur Abgangsfinanzierung verwendet. Im Gegenzug erfolgt die Darstellung als „Innere Anleihe“ auf der Passivseite. Daher muss nur der kassenwirksame Abgang durch Fremdfinanzierung gedeckt werden. Im Gegensatz zu den effektiven Finanzschulden stellen innere Anleihen eine buchhalterische Schuld dar, der noch keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen gegenüberstehen. Teilweise wird jedoch eine interne Verzinsung innerhalb des Landeshaushalts im Umbuchungswege dargestellt. In den Jahren 2009 bis 2011 wurden innere Zinsen von rund 25 Millionen Euro verbucht. Innere Anleihen sind jedoch spätestens zu dem Zeitpunkt zu tilgen, zu dem die entlehnten Mittel für den Zweck, für den sie bestimmt waren, zur Verfügung stehen müssen. Stehen nicht genügend liquide Mittel zur Verfügung, müssen sie in echte Finanzschulden umgewandelt werden. Insbesondere im Jahr 2010 erfolgte ein relativ deutlicher Rückgang der „Inneren Anleihen“. Dies war auch auf Liquiditätsengpässe in Zusammenhang mit der Finanzkrise zurückzuführen.
- Unter „Sonstigen Schulden“ werden im Wesentlichen alle Verbindlichkeiten aus der laufenden Geschäftstätigkeit dargestellt. Diese sind in der Regel kurzfristiger Natur. Die deutliche Steigerung der sonstigen Verbindlichkeiten steht im Zusammenhang mit der Abwicklung der vermehrten Tilgung von Finanzschulden per Jahresende. Da die diesbezüglichen Geldflüsse auf der Ausgabenseite teilweise erst 2012 geflossen sind, mussten diese auf Grund einer periodengerechten Darstellung im Rechnungsjahr 2011 als Verbindlichkeiten dargestellt werden.

Stellungnahme der NÖ Landesregierung:

Da in der Überschrift generell von Verbindlichkeiten gesprochen wird und in der VRV bzw. im ESVG unter „Verbindlichkeiten“ vor allem die Darlehen gegenüber Dritten verstanden werden (in der VRV auch die „Inneren Anleihen“), könnte der missverständliche Eindruck entstehen, dass auch die nicht fälligen Verwaltungsschulden und sonstigen Verbindlichkeiten zu den Schulden des Landes gehörten. Gemäß ESVG sind Schulden jedoch nur die Finanzschulden gegenüber Dritten (im Rechnungsjahr 2011 sind das 3.451 Mio. €) und gemäß VRV die Inneren Anleihen (die im Schuldennachweis jedoch nur nachrichtlich darzustellen sind). Um eine Fehlinterpretation zu vermeiden, sollte diese Darstellung, sofern sie überhaupt erforderlich ist, die oben beschriebenen Unterschiede der Verbindlichkeiten eindeutig zum Ausdruck bringen.

Äußerung des Landesrechnungshofs Niederösterreich:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen. Der Landesrechnungshof wies jedoch darauf hin, dass der Überbegriff „Verbindlichkeiten“ aus der in den Nachweisen zum Rechnungsabschluss enthaltenen Vermögensrechnung entnommen wurde. Um die angesprochenen Fehlinterpretationen zu vermeiden, hat der Landesrechnungshof die einzelnen Bestandteile der Verbindlichkeiten ausführlich erläutert und die Unterschiede deutlich herausgearbeitet. Dabei wurde auch dargestellt, dass im Wesentlichen nur die Finanzschulden einen echten kassenwirksamen Abgang und damit eine Zinsbelastung der laufenden Gebarung bewirkten.

Passive Rechnungsabgrenzung und Wertberichtigungen zum Eigenkapital

Ursprünglich hatte die Passive Rechnungsabgrenzung ausschließlich die Aufgabe, die Gebarung kurzfristig periodengerecht abzugrenzen. Darüber wurden geldmäßige Einnahmen im alten Rechnungsjahr, die jedoch bereits das neue Rechnungsjahr betroffen haben, abgewickelt. Dieser Bereich wurde bis 2009 auch als „Passive Rechnungsabgrenzung“ ausgewiesen und hatte einen jährlichen Gebarungsumfang von rund 50 Millionen Euro. Mit der Erweiterung der „Aktiven Rechnungsabgrenzung II“ im Jahr 2010 wurde richtigerweise eine „Passive Rechnungsabgrenzung II“ eingestellt. Die sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung wirksamen „nicht fälligen Verwaltungsforderungen“ wurden damit ebenfalls langfristig über die Laufzeit verteilt. Korrespondierend wurde diese „Passive Rechnungsabgrenzung II“ 2011 in eine Wertberichtigung zum Eigenkapital umgewandelt.

8. Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten sind Haftungen bzw. Garantien des Landes NÖ für Verbindlichkeiten oder für Forderungen anderer Rechtsträger. Ziele des Landes NÖ für die Übernahme von Haftungen oder Garantien waren:

- Verbesserung von Finanzierungsbedingungen für landesnahe Unternehmungen oder für Rechtsträger, die Aufgaben des Landes NÖ übernommen haben.
- Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für private Unternehmungen als Wirtschaftförderungsmaßnahmen. Wesentliche Bestandteile der Konjunkturförderungspakete des Landes NÖ anlässlich der Finanzkrise 2008/2009 waren die Übernahme von Haftungen.
- Zusätzliche Einnahmen aus Garantieprämien für relativ risikoarme Eventualverbindlichkeiten wie zum Beispiel im Rahmen der Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen. So konnte zum Beispiel eine einmalige Garantieprämie von 126 Millionen Euro für die I Tranche der Wohnbauförderungsverwertung im Jahr 2001 erzielt werden. Bis 2011 mussten dafür hingegen nur Garantien von rund 2 Millionen Euro geleistet werden.

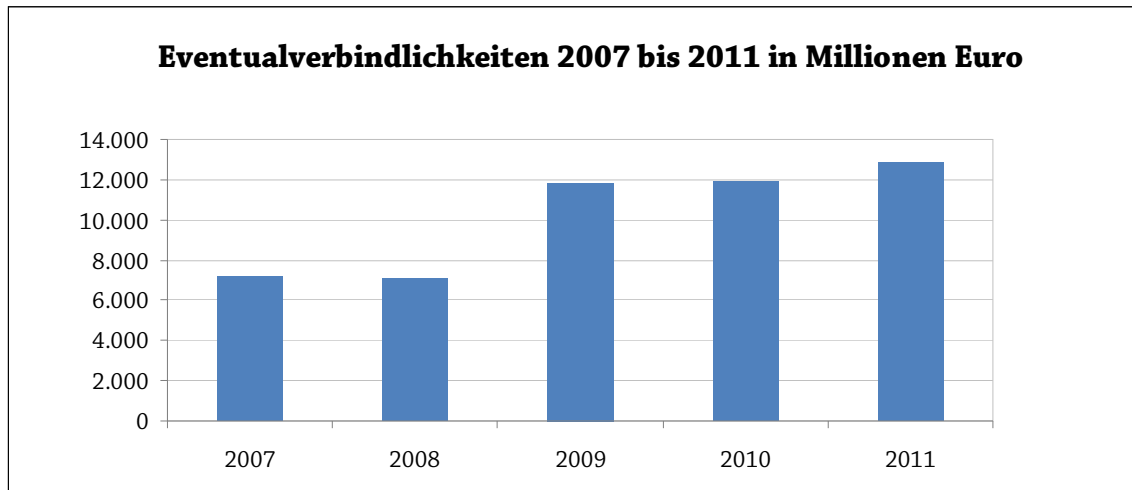
Die Eventualverbindlichkeiten waren im Kapitel „Nachweis Haftungen“ im jeweiligen Teilheft „Nachweis“ des Rechnungsabschlusses dargestellt, wobei bis 2010 ausschließlich eine Darstellung der genehmigten Beträge und der tatsächlich aushaftenden Beträge ohne Risikobeurteilung erfolgte. Seit dem Rechnungsjahr 2011 erfolgte eine Risikobeurteilung der aushaftenden Beträge und es wurde auf dieser Basis eine Obergrenze der Haftungen fest gelegt.

8.1 Entwicklung Eventualverbindlichkeiten

Die aushaftenden Eventualverbindlichkeiten zeigten im Zeitraum 2007 bis 2011 folgende Entwicklung:

Entwicklung Eventualverbindlichkeiten 2007 bis 2011 in Millionen Euro				
2007	2008	2009	2010	2011
7.203,90	7.105,07	11.851,45	11.944,95	12.835,24

Die Entwicklung der Eventualverbindlichkeiten stellt sich grafisch wie folgt dar:



Sehr auffällig war der deutliche Sprung im Jahr 2009. Die Hauptgründe dafür waren:

- Für die von der NÖ Beteiligungsholding GmbH aufgenommenen Darlehen wurden rund 985 Millionen Euro eingebucht.
- Anlässlich der Verwertung der II Tranche der Wohnbauförderungsdarlehen wurde die daraus resultierende Garantie des Landes NÖ in Höhe von rund 1.813 Millionen Euro in den Nachweis aufgenommen.
- Die bisher irrtümlich nicht ausgewiesene Haftung für die Finanzierungsinstrumente der Verwertung der I Tranche der Wohnbauförderungsdarlehen in Höhe von rund 2.174 Millionen Euro wurde eingebucht. Diese Haftung bestand seit dem Jahre 2001.

Auf eine vollständige Darstellung der Haftungen ist weiterhin zu achten.

Die Erhöhung im Jahr 2011 war im Wesentlichen auf die im Rahmen der Verwertung der III Tranche der Wohnbauförderung zu übernehmenden Haftungen in Höhe von rund 940,74 Millionen Euro zurückzuführen. Hierfür wurde eine einmalige Haftungsprämie von rund 45,5 Millionen Euro vereinbart.

8.2 Bewertete Eventualverbindlichkeiten und Haftungsobergrenze

Gemäß Stabilitätspakt 2011 haben die Länder rechtlich verbindliche Haftungsobergrenzen für die jeweilige Landesebene zu erlassen. Der NÖ Landtag beschloss in seiner Sitzung vom 26. Jänner 2012 hiezu folgendes:

- „Für das Land Niederösterreich wird eine, unter Berücksichtigung einer der Haftungsklasse entsprechenden Gewichtung, verbindliche Obergrenze für sämtliche Erklärungen, nach denen der Haftungsgeber bei Eintritt normierter Haftungstatbestände zur Leistung herangezogen werden kann in Höhe von 50 Prozent der Einnahmen ohne Schuldaufnahme des Voranschlags festgelegt.“
- „Für Haftungen, bei denen eine Inanspruchnahme zumindest von überwiegender Wahrscheinlichkeit angenommen wird, sind auf Basis von Einzelbewertungen Risikovorsorgen zu bilden. Die Landesregierung wird ermächtigt, durch geeignete Maßnahmen im Rahmen der Budgetvollziehung eine Risikovorsorge zu bilden. Der Haftungsnachweis des Rechnungsabschlusses des Landes Niederösterreich hat die jeweiligen Haftungsklassen anzuführen.“

Es wurden folgende Haftungsklassen und Gewichtungsfaktoren festgelegt:

Haftungs- klasse	Beschreibung	Gewich- tung in %
1	Hypothekarisch besicherte Schuldverschreibungen, deren Einbringung vom Land NÖ garantiert wird	10
2	Haftungen für Verbindlichkeiten von Rechtsträgern, welche unter beherrschendem Einfluss des Landes NÖ stehen und deren laufende Einnahmen zu mehr als 50 % vom Land NÖ erwirtschaftet werden	20
3	Haftungsübernahmen für öffentliche Gebietskörperschaften	25
4	Haftungsübernahmen für Verbindlichkeiten von Rechtsträgern, welche unter beherrschendem Einfluss des Landes NÖ stehen sowie Landesfonds	30
5	Alle anderen Haftungen	100

Der Nachweis über die Haftungen im Rechnungsabschluss 2011 wurde bereits nach diesen Kriterien aufgebaut:

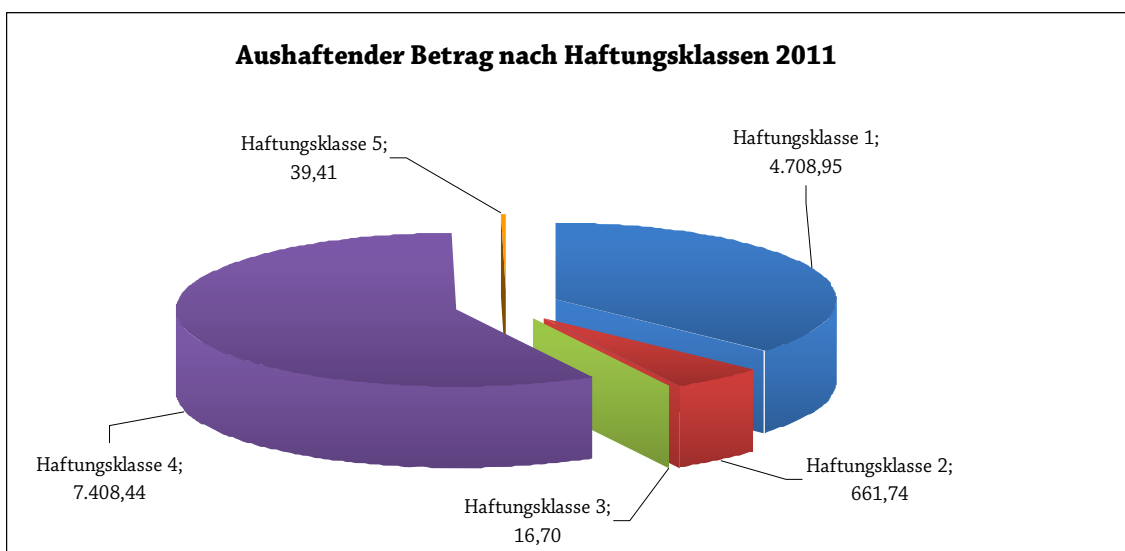
Nachweis der Haftungen 2011 in Millionen Euro				
Bezeichnung	Aushaftender Betrag		Aushaftende Risikosumme	
	per 01.01.2011	per 31.12.2011	per 01.01.2011	per 31.12.2011
Haftungsklasse 1				
Haftung für verwertete Wohnbauförderungs- darlehen	2.099,07	2.014,60	209,91	201,46
Garantien für verwertete Wohnbauförde- rungsdarlehen	1.784,40	2.694,35	178,44	269,43
Summe Haftungsklasse 1	3.883,47	4.708,95	388,35	470,89
Haftungsklasse 2				
ECO PLUS GMBH	0,52	0,47	0,10	0,09
NÖ Landesimmobiliengesellschaft mbH	557,34	661,27	111,47	132,26
Summe Haftungsklasse 2	557,86	661,74	111,57	132,35
Haftungsklasse 3				
Betriebsmittelkredite für ehemalige Gemein- dekrankenanstalten	17,65	16,70	4,41	4,18
Summe Haftungsklasse 3	17,65	16,70	4,41	4,18
Haftungsklasse 4				
Hypo NÖ Gruppe Bank AG, Hypo NÖ Lan- desbank AG	5.910,79	5.840,36	1.773,24	1.752,11
NÖ Beteiligungsholding GmbH	1.075,00	978,58	322,50	293,57
Verkehrsorganisationsgesellschaft MBH	10,00	28,06	3,00	8,42
Medauston	13,18	175,00	3,95	52,50
Verwaltungszentrum-Verwertungs GMBH, Landeshauptstadtinvestition	67,40	67,40	20,22	20,22
NÖ Wasserwirtschaftsfonds	56,96	55,34	17,09	16,60
Landwirtschaftlicher Förderungsfonds, Güterwegesonderprogramm	40,28	35,55	12,08	10,66
Landesfinanzsonderaktionen	63,18	66,54	18,95	19,96
NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds	196,75	148,21	59,03	44,47
EVN Wasser GMBH (vormals Noesiwag)	15,36	13,40	4,61	4,02
Summe Haftungsklasse 4	7.448,90	7.408,44	2.234,67	2.222,53
Haftungsklasse 5				
Besicherung von Beteiligungskapital	37,07	39,41	37,07	39,41
Summe Haftungsklasse 5	37,07	39,41	37,07	39,41
GESAMTSUMME	11.944,95	12.835,24	2.776,07	2.869,36

Auf Grundlage des Voranschlags 2011 betrug die Haftungsobergrenze 3.461,84 Millionen Euro. Die aushaftende Risikosumme von 2.869,36 Millionen Euro lag um rund 592,5 Millionen Euro unter dieser Obergrenze.

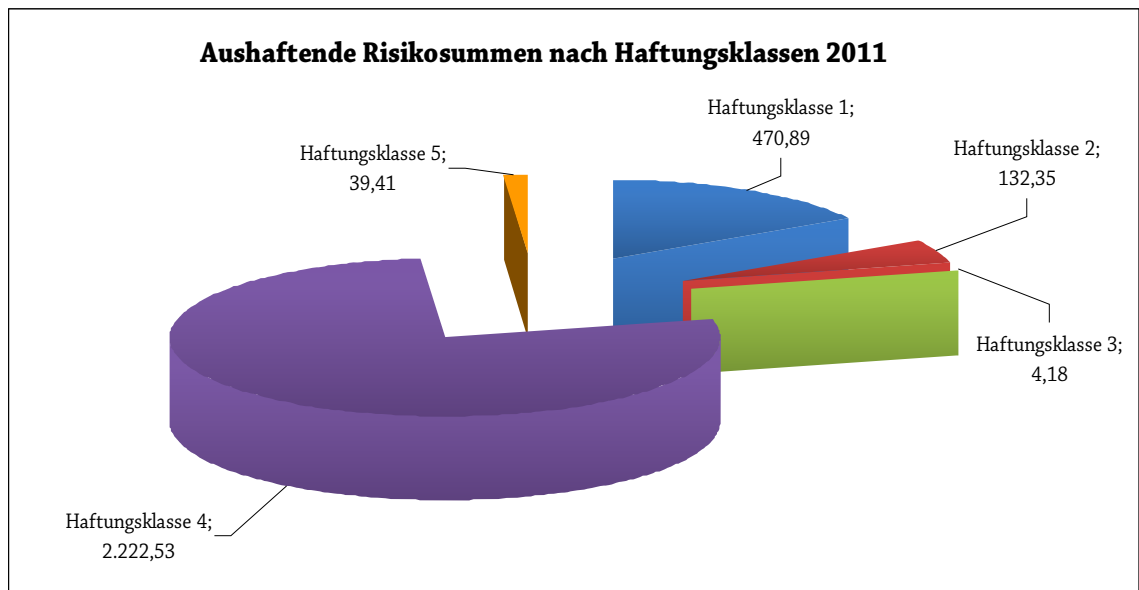
Der Vergleich Risikohaftungsrahmen mit der aushaftenden Risikosumme stellt sich grafisch wie folgt dar:



Die aushaftenden Beträge nach Haftungsklassen stellen sich grafisch wie folgt dar:



Die aushaftenden Risikosummen nach Haftungsklassen stellen sich grafisch wie folgt dar:



Zum 31. Dezember 2011 bestanden die Haftungen des Landes NÖ hauptsächlich in den Haftungsklassen 1 bis 4. Die Haftungen der höchsten Haftungsklasse 5 sind in der Grafik fast nicht erkennbar. Durch die Risikobewertung wird diese Klasse wie aus der Grafik ersichtlich entsprechend relativiert.

Die Gewichtung des Haftungsvolumens war für den Landesrechnungshof nachvollziehbar und erfüllt damit die Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspakts 2011 nach entsprechender Transparenz.

Im Jahr 2011 mussten vom Land NÖ laut Rechnungsabschluss Leistungen für Haftungsinanspruchnahmen in Höhe von rund einer Million Euro getragen werden. Diese waren ausschließlich für die in der Risikoklasse 5 eingestuften Haftungen zu leisten. Hiefür war eine budgetäre Vorsorge aus allgemeinen Deckungsmitteln getroffen, die auch im Voranschlag 2012 gegeben ist. Außerdem bestand seit dem Rechnungsjahr 2009 eine unveränderte Rücklage aus der zweckgebundenen Gebarung in Höhe von rund 363.000 Euro für die Bedeckung von Haftungsinanspruchnahmen.

Im Rahmen der Budgetsteuerung ist grundsätzlich darauf zu achten, dass vorrangig die laufenden Einnahmen sowie bestehende Rücklagen der zweckgebundenen Gebarung zur Bedeckung von Ausgaben herangezogen werden.

Stellungnahme der NÖ Landesregierung:

Die Feststellung des Landesrechnungshofs wird geteilt. Im Rahmen der Budgetvollziehung wird darauf geachtet, dass in erster Linie laufende Einnahmen bzw. Rücklagen der zweckgebundenen Gebarung zur Bedeckung von Ausgaben verwendet werden.

Äußerung des Landesrechnungshofs Niederösterreich:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Dem Aufwand für Haftungsinanspruchnahmen von rund einer Million Euro standen im Rechnungsjahr 2011 Einnahmen aus Haftungsprovisionen von rund 54 Millionen Euro gegenüber. Davon entfielen rund 45,5 Millionen Euro auf die bereits angesprochene einmalige Prämie aus der Verwertung der III Tranche der Wohnbauförderungsdarlehen. Der Rest von rund 8,5 Millionen Euro stammte aus jährlichen Haftungsprämien für die übrigen Haftungen.

9. Schlussbemerkungen

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise wirkte sich in den Rechnungsjahren 2009 und 2010 auch auf den NÖ Landeshaushalt aus. Insbesondere stiegen die Abgänge sowohl im Vergleich zu den Vorjahren als auch im Vergleich zum Voranschlag bzw. Budgetprogramm deutlich.

Auf diese Entwicklung wurde mit Anpassung des NÖ Budgetprogramms reagiert. Zum Beispiel wurden Ausgabenbindungen vorgegeben, die darauf einwirkten, dass die strukturellen Ausgaben in einem geringeren Ausmaß stiegen als sich die Einnahmen erhöhten. Im Rechnungsjahr 2011 zeigten sich bereits entsprechende Auswirkungen. Dies dokumentierte sich auch in den berechneten Kennzahlen. Der Brutto-Abgang konnte unter den im Voranschlag geplanten Betrag gedrückt werden und das Netto-Ergebnis wurde deutlich positiv gestaltet. Diese Verbesserung des Netto-Ergebnisses war jedoch zu einem überwiegenden Teil darauf zurückzuführen, dass durch die Verwertung von gegebenen Darlehen aus der Wohnbauförderung sowie durch die Entnahme von Genussrechtsforderungen vermehrt Finanzschulden getilgt werden konnten.

Eine Gegenüberstellung der Zinserträge aus den gegebenen Darlehen und der Aufwendungen für den Zinsendienst der Finanzschulden für die Rechnungsjahre 2009 bis 2011 ergab einen Überschuss von rund 76 Millionen Euro. Für

die im Rechnungsjahr 2011 erfolgte vermehrte Tilgung von Finanzschulden wurden zu rund 68 Prozent die Erträge aus der Verwertung von Darlehen der Wohnbauförderung herangezogen. Der Rest wurde aus der Verwertung von Genussrechtsforderungen finanziert. Die vermehrte Tilgung von Finanzschulden verringerte auch das Gebarungsrisiko aus Zinszahlungen. Im Rechnungsjahr 2011 konnte statt der vorgesehenen Schuldensteigerung von rund 289,7 Millionen Euro eine Minderung der Finanzschulden von rund 511 Millionen Euro erreicht werden. Bei einem angenommenen Zinsniveau von drei Prozent für die Finanzschulden errechnet sich daraus eine zu erwartende Entlastung der zukünftigen Zinszahlungen von rund 24 Millionen Euro pro Jahr. Dem steht eine Minderung der Zinserträge durch Verwertung von Forderungen von rund sieben Millionen Euro pro Jahr gegenüber. Die sich daraus ergebende Nettoentlastung von rund 17 Millionen Euro jährlich wird sich positiv auf das strukturelle Ergebnis auswirken.

Durch die verbesserte periodengerechte Darstellung der Aufwendungen konnte in den Rechnungsjahren 2010 und 2011 eine Eigenkapitalquote von über 20 Prozent ausgewiesen werden. Eine solche Eigenkapitalquote wird das Land NÖ auf Dauer nur halten können, wenn einerseits entsprechende Erträge sicher gestellt werden und andererseits die Entwicklung der Aufwendungen unter Berücksichtigung der bereits eingegangenen zukünftigen Verpflichtungen daran angepasst wird.

Die Umsetzung der NÖ Budgetprogramme und deren laufende Anpassung an die sich ändernden wirtschaftlichen Verhältnisse muss eine wesentliche Grundlage dafür sein. Maßnahmen wie die vermehrte Tilgung von Finanzschulden durch die Verwertung von Forderungen unterstützten die Budgetkonsolidierung. Nachhaltig kann jedoch nur über das strukturelle Ergebnis gesteuert werden. Dabei ist nicht nur der Landeshaushalt zu betrachten, sondern auch die außerbudgetären Einheiten (Fonds, Gesellschaften), die dem Land NÖ zuzurechnen sind, einzubeziehen.

St. Pölten, im Juni 2012

Die Landesrechnungshofdirektorin

Dr. Edith Goldeband